

Unsere Welt



6. August 2020: Mahnwache der Schweizerischen Friedensbewegung vor dem Basler Rathaus. Foto SFB

75. Jahrestag eines schrecklichen Verbrechens

Hiroshima und Nagasaki mahnen

Am 6. und 9. August 2020 begingen wir den 75. Jahrestag eines ungeheuerlichen Massenmordes: Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit war gegen die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki die Atombombe eingesetzt worden. Dr. Leyde E. Rodríguez Hernández, Mitarbeiterin unserer kubanischen Schwesterorganisation «Bewegung für den Frieden und die Souveränität der Völker» (MOVPAZ) erinnert daran, dass die Atomwaffen nach wie vor die grösste Bedrohung für den Weltfrieden darstellen.

Von Dr. Leyde Rodríguez

Mit unserem konsequenten Einsatz für den Frieden erinnern wir an dieses Ereignis, denn es ist unmöglich, den Völkermord vom 6. und 9. August 1945 zu vergessen, als die US-Luftwaffe bewusst das nukleare Feuer entfachte, mit welchem sie das friedliche Hiroshima in Asche verwandelte und mehr als 25 000 Menschen auf der Stelle verbrannte. Einige Tage später wiederholte sich, als ob nichts geschehen wäre, der gleiche Akt des Staatsterrorismus gegen die Nachbarstadt Nagasaki mit einer Bilanz von mehr als 13 000 Opfern. Die Schätzungen weichen stark voneinander ab, aber es wird angenommen, dass zwischen 150 000 und 250 000 Menschen als direkte Folge beider Ereignisse starben und auch Jahre danach noch Hunderttausende an den tödlichen Krankheiten zugrunde gingen, die von der atomaren Wolke verursacht worden waren.

Die wissenschaftlichen Daten und Berichte von Überlebenden des nuklearen Holocausts stimmen darin überein, dass der zynischerweise Little Boy genannte Sprengsatz, den der US-Bomber über der für die japanische Armee militärisch wichtigen Region Hiroshima abwarf, in der verdünnten Atmosphäre sofort eine Strahlung abgab, die 300 000 Grad Celsius erreichte – zehnmal höher als die Temperatur, die von der Sonne ausgeht.

In einem Umkreis von etwa einem Kilometer vom Ort der Explosion

wurden die Leichen wie Fossilien auf einem Teppich aus Glut in den Boden eingebrannt, während verzweifelte Überlebende versuchten, Wasser zu trinken, aber die kostbare Flüssigkeit war bereits durch den warmen, zähflüssigen und mit radioaktivem Material beladenen Regen verseucht. An jedem Jahrestag erinnern die Japaner und die vernünftige Menschheit an diese überwältigende Episode, indem sie in allen Breitengraden von Ost nach West eine als endlos empfundene Schweigeminute einlegen.

Die historische Bilanz dieses Verbrechens gegen die Menschlichkeit zeigt, dass die Bombardierung von Hiroshima und Nagasaki nicht wirklich gegen Japan gerichtet war. Die Bevölkerung des Archipels musste zwar die menschlichen und materiellen Verluste in Kauf nehmen, aber die unaufhaltsame Bewegung der internationalen Politik demonstrierte den wahren Zweck der sogenannten «Diplomatie der nuklearen Erpressung» unter Führung des Präsidenten der Vereinigten Staaten Harry Truman. Ihr Ziel war kalkuliert und bestand darin, die Sowjetunion einzuschüchtern, da der erste sozialistische Staat der Welt eine wesentliche, ja führende Rolle beim Sieg über den Faschismus in Europa gespielt hatte und zu einer der wichtigsten Supermächte des internationalen Systems im 20. Jahrhundert herangewachsen war.

Wenn wir uns an Hiroshima und Nagasaki erinnern, nimmt uns die Vergangenheit an die Hand und führt uns in eine Gegenwart, die nach wie

vor durch die Existenz von gut 13 400 nuklearen Sprengköpfen bedroht ist, die sich in den Händen von insgesamt neuen Ländern befinden. Die Daten, die das Stockholmer Friedensinstitut SIPRI Anfang 2020 veröffentlichte, weisen den Vereinigten Staaten und Russland mehr als 90% dieser Waffen zu und zeigen auf, und dass im Vergleich zu den fast 70 000 Sprengköpfen aus der Zeit des Kalten Krieges in den 1980er Jahren die heutigen zwar nur ein Fünftel ausmachen, aber ausreichend sind, um ein Vielfaches des Planeten Erde zu zerstören und einen endgültigen globalen Klimawandel auszulösen.

Wie wenn die Gefahr dieser enormen Zerstörungskraft allein nicht genügen würde, kommen noch die verheerenden bewaffneten Konflikte zwischen verschiedenen Nationen und zwischen Fraktionen innerhalb dieser Nationen hinzu. Inmitten einer globalen Covid-19-Pandemie verhindern diese Konflikte aufgrund kleinlicher geopolitischer Interessen und des Ringens um politisch-militärische Vorherrschaft einen globalen Waffenstillstand und riskieren den Ausbruch eines Krieges mit Atomwaffen. Können Sie sich das vorstellen?

Waffen immer ausgefeilter

Die gegenwärtige Ära ist daher gekennzeichnet durch die Existenz enormer Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Hauptbedrohung ist dabei die Atomwaffe und sie stellt ein Element der Gewalt in der Aussenpolitik der Grossmächte dar, das die demokratische Umgestaltung der internationalen Beziehungen verhindert.

Dieselbe Supermacht, die dem kubanischen Volk die längste, rechtswidrigste und ungerechteste Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt

| | |
|---|---|
| CH + Atomwaffenverbot: Selbstaufgelegte Warteschleife | 2 |
| Kamala Harris: Im Westen nichts Neues | 3 |
| Der neue Ganser: Imperium USA | 4 |
| Weltfriedenstag: Singen und Sprechen für Assange | 5 |
| Abstimmung vom 27. 9. 2020: Nein zum Jet-Wahnsinn | 6 |
| NZZ: Atombombengelüste im Schurkenstaat? | 7 |
| Palästina: Der Lebenswert | 8 |

Wiederaufnahme des nuklearen Wettrüstens

Illegal, inakzeptabel und kriminell

Am Vorabend der Gedenkfeiern in Hiroshima und Nagasaki zum Atombombenabwurf vom 6. und 9. August 1945 verurteilte die Schweizerische Friedensbewegung den neusten Nuklearraketentest durch die USA und rief dazu auf, sich der globalen Welle für Frieden und nukleare Abrüstung anzuschliessen, die am 6. August 2020 um 8.15 Uhr von Hiroshima aus gestartet wurde.

Es ist eine unverantwortliche und pietätlose Provokation, die von der Schweizerischen Friedensbewegung aufs Schärfste verurteilt wird: Zwei Tage vor den Gedenkfeiern zu den US-amerikanischen Bombenanschlägen auf Hiroshima und Nagasaki vor 75 Jahren haben die USA eine neue nuklear bestückte Langstreckenrakete getestet und setzten damit die Schwelle zur Wiederaufnahme des nuklearen Wettrüstens ein weiteres Mal herab.

Was die Weltöffentlichkeit dagegen erwartet, sind Massnahmen für den Frieden und die Gewährleistung existenziellen Schutzes, d.h. soziale, wirtschaftliche, ökologische und gesundheitspolitische Sicherheit.

Atomwaffen sind illegal, kostspielig, gefährlich für das Überleben der Menschheit, moralisch inakzeptabel und kriminell, wie Papst Franziskus während einer Ansprache in Nagasaki im Jahr 2019 hervorhob.

Die Schweizerische Friedensbewegung ruft alle vernünftigen Menschen

auf, sich der globalen Welle für Frieden und nukleare Abrüstung anzuschliessen, die von den Überlebenden von Hiroshima am 6. August 2020 um 8.15 Uhr von Hiroshima aus gestartet wird.

Schweizerische Friedensbewegung (SFB)

Basel, 5. August 2020

Vertrag Ratifizieren

In Beantwortung einer Resolution zum Atomwaffenverbot, welche die Jahresversammlung 2020 der SFB an den Bundesrat gerichtet hatte, bekräftigt Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga den Einsatz der Schweiz für eine atomwaffenfreie Welt. Den Vertrag über ein Verbot von Atomwaffen mag der Bundesrat vorerst aber trotzdem nicht ratifizieren.

Den Text der Resolution und die Antwort von Bundespräsidentin Sommaruga finden Sie auf Seite 2.

Freiheit für Julian Assange

Schweizerische Friedensbewegung

Warum Whistleblower ein Lebenselixier der Demokratie sind.

Vortrag von
Matthias Bröckers
mit einem Chorkonzert von
ensemble liberté | Ensemble Chœur3

Montag, 21. September 2020
19:00 Elisabethenkirche, Basel
Eintritt frei / Kollekte
Mahnwache um 18:00 auf dem Marktplatz

Internationaler Tag des Friedens
friedensbewegung.ch

Hiroshima, Nagasaki...

Fortsetzung von Seite 1

aufgelegt und damit enormen menschlichen Schaden verursacht hat und weiter verursacht, entfaltet eine intensive politische und propagandistische Aktivität, um den Multilateralismus in den internationalen Beziehungen zu zerstören. Mit ihrer verheerenden Politik hat die Regierung von Donald Trump das System von Verträgen und internationalen Abkommen, das nach dem Zweiten Weltkrieg die Grundlage der internationalen Sicherheitsarchitektur bildete, abgebaut.

Im Einklang mit dieser militaristischen und unilateralen Ausrichtung brach sie 2019 ihre Verpflichtungen aus dem Vertrag über das Verbot von Mittelstreckenraketen (Intermediate-Range Nuclear Forces INF) und das von fünf Mächten unterzeichnete Nuklearabkommen mit dem Iran, die so genannte 5+1-Gruppe, setzt die Expansion der Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO) nach Osten und des Raketenabwehrsystems der USA bis an die Grenzen Russlands fort.

Diese gefährliche Situation überrascht gut informierte Menschen nicht. Es ist bekannt, dass die Vereinigten Staaten die weitere Verbesserung von Nuklearwaffen, die Militarisierung des Cyberspace und des Weltraums forcieren. Ohnehin wurden die Entwicklung der Atomwaffe und der Abrüstungsprozess unter den Grossmächten von den neuen technologischen Fortschritten im Bereich der Militärstrategie begleitet. Die heutigen Nukleargeschosse sind viel ausgefeilter als die auf Hiroshima und Nagasaki abgefeuerten.

Die von der Regierung von Donald Trump verabschiedete «Überprüfung des atomaren Einsatzkonzeptes» (Nuclear Posture Review) liess die Tür für die Nutzung des Kernwaffenarsenals der USA offen. Die angebliche Grösse der Vereinigten Staaten wird mit der Macht ihrer Atomwaffen verglichen. Eine solche Entgleisung und Unmoral befürwortet nicht nur den Fortbestand einer Struktur des internationalen Nuklearsystems, sondern fördert auch die Entwicklung einer globalen Machtverteilung auf der Grundlage der nuklearen Proliferation oder des Vetos durch die Akteure, denen es gelingt, mit Atomwaffen die maximale Dimension militärischer Macht zu erreichen.

Verbot oberste Priorität

Die Atomwaffen und die sogenannten Raketenabwehrsysteme stellen heute eine ernsthafte Bedrohung für die Stabilität und die internationale Sicherheit dar, weil sie das Wettrüsten und die Erhöhung der Militärbudgets fördern. Der Kampf, sie zu verbieten und vollständig zu beseitigen, sollte im Bereich der Abrüstung oberste Priorität haben. Die einzige absolute Garantie, die Wiederholung der grausamen Erfahrungen von Hiroshima und Nagasaki zu vermeiden, liegt in der vollständigen Abschaffung der Atomwaffen, da sie die gefährlichste und zerstörerischste Palette aller existierenden Kriegsmittel darstellen und erst noch jene mit der grössten Zahl von Zufallsopfern.

Die militaristischen Konzepte der Vereinigten Staaten versuchen, den Einsatz von Atomwaffen im Rahmen der «Strategie der nuklearen Abschreckung» und in dem falschen Glauben zu rechtfertigen, sie könnten anderen rivalisierenden Mächten ungestraft einen «nuklearen Erstschlag» versetzen. Wegen seiner katastrophalen humanitären Folgen würde der Einsatz von Atomwaffen eine eklatante Verletzung internationaler Normen bedeuten, einschliesslich derjenigen, die sich auf die Verhinderung von Völkermord und den Umweltschutz beziehen.

Der Einsatz von Atomwaffen ist ein Kriegsverbrechen. Es ist nicht mög-

lich, die verheerenden Auswirkungen solcher Waffen zu begrenzen, da sie jahrzehntlang halten. Die Atomwaffe ist eine Beleidigung der ethischen und moralischen Prinzipien, die die Beziehungen zwischen den Nationen regeln sollten, aber darüber hinaus würde ein Atomkonflikt die Auslöschung der menschlichen Zivilisation bedeuten. Daher ist es wichtig, die internationale öffentliche Meinung für die Abrüstung und insbesondere für die vollständige Abschaffung der Atomwaffen aufzurütteln. Diese Forderung ist nicht nur eine Pflicht, sondern auch ein legitimes Recht der Völker.

Die Aufrechterhaltung und Modernisierung von Atomwaffen verbrauchen übermässige Ressourcen, die für die wirtschaftliche Entwicklung, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verringerung von Armut und Hunger, die Lösung von Gesundheitsproblemen, die Ausrottung des Analphabetentums und die Verhütung und Bewältigung von Naturkatastrophen, die durch den globalen Klimawandel verursacht werden, eingesetzt werden könnten und sollten. Diese Ressourcen sollten dringend auf die Erfüllung der in der Agenda 2030 enthaltenen Ziele der nachhaltigen Entwicklung und auf den Kampf gegen die COVID-19-Pandemie, die die Menschheit heimsucht, umgelenkt werden. Stattdessen führt ausgerechnet das Epizentrum der COVID-19-Pandemie mit bis anhin mehr als 150 000 Toten die Liste der zehn Länder mit den höchsten globalen Militärausgaben im Jahr 2020 an.

Sinnesprung unerlässlich

In Anbetracht dieser Realität ist daran zu erinnern, dass Lateinamerika und die Karibik die erste dicht besiedelte Region der Welt war, die sich im Rahmen des Vertrags von Tlatelolco zur atomwaffenfreien Zone erklärte. Und es ist die erste Region, die anlässlich des zweiten Gipfeltreffens der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC), das im Januar 2014 in Havanna (Kuba) stattfand, offiziell als «Zone des Friedens» proklamiert wurde. Die Proklamation der Friedenszone beinhaltet die Verpflichtung aller Staaten in der Region, die nukleare Abrüstung als vorrangiges Ziel voranzutreiben und zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung beizutragen.

Die Annahme des Atomwaffenverbotsvertrags durch die UNO am 7. Juli 2017 war ein historischer Meilenstein, der von friedliebenden Staaten und Völkern verteidigt werden muss. Dieses Instrument schafft eine neue Norm des Völkerrechts, indem es Atomwaffen unter allen Umständen verbietet.

Fünfundsiebzig Jahre nach den verbrecherischen Atombombenanschlägen auf Hiroshima und Nagasaki sind wir in unserer Friedensbewegung davon überzeugt, dass eine Welt des Friedens und ohne Atomwaffen für die Erhaltung unserer Spezies möglich und notwendig ist. Um dies zu erreichen, ist, wie der Begründer der kubanischen Revolution, Fidel Castro Ruz, sagte, «ein Sinnesprung im Gewissen der Menschheit unerlässlich».

Lasst uns ein multipolares internationales System aufbauen, das frei von Atomwaffen ist, dessen Machtdimensionen den militärischen Faktor aufgeben und sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse und die unendlichen Möglichkeiten der menschlichen Entwicklung konzentrieren. Nur auf diese Weise kann die Friedensagenda in Solidarität, Zusammenarbeit und Achtung der Souveränität der Völker vorankommen.

Lasst uns unermüdlich das Recht auf Leben in seiner Harmonie mit der Natur, unserer Mutter Erde, verteidigen.

Quelle: MOVPAZ-Bulletin. Übersetzung aus dem Spanischen: UW



Aktivistinnen und Aktivisten der ICAN-Kampagne für ein Verbot der Atomwaffen versammeln sich im April 2018 vor der UNO in Genf. Foto Lydia Wood/nuclearban.us

Atomwaffenverbot und die Schweiz:

Ratifizierung in Warteschlange

Die Jahresversammlung der Schweizerischen Friedensbewegung vom 27. Juni 2020 in Basel richtete eine dringende Resolution an den Bundesrat mit der Aufforderung, sich der Ratifizierung des Atomwaffenverbots-Vertrages nicht länger zu entziehen. Die Antwort von Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga von Anfang August ist wohlwollend und respektvoll gegenüber unserem Engagement, inhaltlich widerspiegelt sie aber die unveränderte Zurückhaltung des Gesamtbundesrates. Wir dokumentieren Resolution und Antwort.

Die Resolution der SFB

Vor 75 Jahren, am 6. und 9. August 1945, wurden die beiden japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki durch zwei US-amerikanischen Atombomben zerstört. Zehntausende von Menschen verloren ihr Leben unmittelbar nach den Abwürfen, Hunderttausende siechten dahin und noch heute leiden Überlebende und Nachkommen unter schrecklichen Folgeschäden.

Seither ist die Anzahl einsatzbereiter Atomwaffen weltweit ins Unermessliche gestiegen und ihre Zerstörungskraft wurde unablässig perfektioniert. Die Welt kann mit ihnen tausendfach vernichtet werden.

Mit der Existenz der Atombombe begann der Kampf für ihre Abschaffung, aber erst 2017 konnte mit der Verabschiedung des Kernwaffenverbotsvertrages (TPNW) durch die UNO-Vollversammlung ein entscheidender Durchbruch errungen werden.

Die Schweizerische Regierung hatte sich in diesem Prozess verschiedentlich für ein Verbot ausgesprochen. So erklärte der Bundesrat noch im November 2014, «dass ein Verbot von Nuklearwaffen notwendig sein wird, um das Fernziel einer nuklearfreien Welt erreichen zu können», und die Schweiz gehörte im Juli 2017 in der UNO denn auch zu den 122 Staaten, die dem Vertrag zugestimmt haben.

Im Nachgang weigerte sich der Bundesrat jedoch, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen, den Vertrag zu unterzeichnen und ihn dem Parlament zur Ratifizierung vorzulegen. Diese Haltung hat er trotz einhelliger Aufforderung durch die beiden Räte bisher nicht revidiert und er hat sich auch immun gezeigt gegen entsprechende Appelle der Stadtparlamente von Zürich, Genf, Bern, St. Gallen, Luzern und Winterthur. Eine parlamentarische Initiative, die den Bundesrat zur Umsetzung der Motion zwingen will, ist noch hängig.

Der Vertrag über das Verbot nuklearer Waffen wurde bisher von 38 Staaten* weltweit unterzeichnet und ratifiziert, darunter von unserem Nachbarland Österreich. In vielen Ländern wurde der Ratifizierungsprozess durch die Corona-Pandemie unterbrochen, doch besteht kein Zweifel, dass die noch fehlenden zwölf Unterschriften zur Inkraftsetzung des UNO-Vertragswerkes in Bälde eintreffen werden.

Es würde unserem Land, das sich bei jeder Gelegenheit mit seinen humanitären Traditionen brüstet, zur Schande gereichen, wenn es sich nicht unter diesen 50 Erstunterzeichnern befände. Im Namen der Abertausenden von Schweizerinnen und Schweizern, die sich in den letzten 75 Jahren dem Kampf gegen diese apokalyptische Waffe verschrieben haben, fordert die Schweizerische Friedensbewegung den Bundesrat auf, sich jetzt klar und deutlich für das Leben und gegen die Vernichtung auszusprechen und den Ratifizierungsprozess unverzüglich einzuleiten. Das wäre dann wahrhaftig ein «Plus für den Frieden».

Jahresversammlung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB), Basel, 27. Juni 2020

*Stand Redaktionsschluss: 44

Die Antwort der Bundespräsidentin

«Besten Dank für Ihr Schreiben zum Verbot von Atomwaffen. Ihr Engagement für die Friedensförderung und für eine Welt ohne Atomwaffen beeindruckt mich. Die Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki durch US-amerikanische Atombomben vor 75 Jahren erschüttert uns alle bis heute. Ein solch grauenhaftes Ereignis darf sich nicht wiederholen.

Der Bundesrat unterstützt das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt und

hat wiederholt seinen Standpunkt bekräftigt, dass es schwer vorstellbar sei, wie Kernwaffen im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht eingesetzt werden können.

Es stellen sich viele Fragen zum UNO-Kernwaffenverbotsvertrag (TPNW) und zu seinen Auswirkungen. Der Bundesrat hat das Thema mehrfach diskutiert; gestützt auf die Analyse einer breit zusammengesetzten Arbeitsgruppe. Obwohl der Bundesrat beschlossen hat, den Vertrag



vorerst nicht zu ratifizieren, hat er die Haltung des Parlaments zur Kenntnis genommen. Er ist bereit, die Schweizer Position 2021 erneut zu prüfen.

Unabhängig von diesen Entwicklungen setzt sich die Schweiz aktiv für eine Welt ohne Atomwaffen ein, beispielsweise im Bereich der Risikominderung in Zusammenhang mit Nuklearwaffen.»

Papst-Botschaft zu Hiroshima-Gedenken:

A-Bombe abschaffen

Zum 75. Gedenktag des Atombombenabwurfes auf die japanische Stadt Hiroshima am 6. August 1945 bekräftigte der Papst in einer Botschaft an den Gouverneur der gleichnamigen Präfektur einmal mehr seine Absage an den Einsatz und blossen Besitz von Atomwaffen und erinnerte an die verheerende Zerstörungskraft dieser Waffen:

«Es war nie deutlicher, dass für ein Gedeihen des Friedens alle Völker die Waffen des Krieges niederlegen müssen, vor allem die mächtigsten und destruktivsten Waffen wie Nuklearwaffen, die ganze Städte und Länder verkrüppeln und zerstören können.»

Franziskus zitierte aus seiner Rede vom November 2019, die er im Hi-

roshima-Friedenspark gehalten hatte: «Ich wiederhole, was ich vergangenes Jahr in Hiroshima sagte: «Der Einsatz von Atomenergie zu Kriegszwecken ist unmoralisch, wie ebenso der Besitz von Atomwaffen unmoralisch ist» (Rede im Hiroshima-Friedenspark vom 24. November 2019).»

Rolle der Hibakusha

Der Papst verwies auf die wichtige Rolle der Überlebenden der Bombenabwürfe, der so genannten «Hibakusha»: «Mögen die prophetischen Stimmen der Hibakusha-Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki uns und kommenden Generationen als Warnung dienen! Friede sei mit euch!»

Quelle: vatican news – pr

Ist Kamala Harris ein Falke?

Im Westen nichts Neues

Skeptische US-Friedensbewegung: Joe Bidens Vizepräsidentin habe sich zeitweise dem Militarismus verschrieben und sogar Trump von rechts angegriffen.

Von Reese Erlich

Der Mitbegründerin von Code Pink, Medea Benjamin bleibt ein Treffen mit Mitgliedern des Stabes von Senatorin Kamala Harris im Jahr 2017 unvergessen, bei dem die humanitäre Krise in Gaza besprochen wurde. Die israelische Land- und Seeblockade führte zu massiver Arbeitslosigkeit sowie zu Nahrungsmittel- und Stromknappheit. Benjamin und andere progressive Friedensaktivisten wollten, dass die Senatorin die Politik Israels kritisiert und die Belagerung beendet.

«Man konnte geradezu die verständnislosen Blicke ihrer Helfer sehen, während wir sprachen», erinnert sich Benjamin in einem Telefoninterview aus Washington, D.C. «Sie argumentierten, dass Israel das Recht hat, sich zu verteidigen. Es gab kein Mitgefühl für die Palästinenser.»



«Baut Brücken statt Mauern!»: Die Friedensaktivistin Medea Benjamin während der Rede von Donald Trump am letzten Tag des Nationalkonvents der Republikaner vom 21.7.2016 in Cleveland. Über Kamala Harris meint Benjamin, die Senatorin vertrete keine Ansichten «die eine aufregende Abkehr vom US-Militarismus darstellen würden». Foto Code Pink

Jetzt bringen Aktivisten das Foto einer lächelnden Kamala Harris wieder in Umlauf, die im November 2017 neben dem ultrarechten israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu stand.

«Sie ist stolz auf ihre Verbindungen zu Netanjahu und zur israelischen Regierung», sagt Benjamin.

Am 11. August wählte Joe Biden die kalifornische Senatorin zu seiner Vizepräsidentenskandidatin. Genauso wie ihre Geschichte als Staatsanwältin für Recht und Ordnung jetzt immer genauer unter die Lupe genommen wird, so sollten auch ihre aussenpolitischen Ansichten näher beleuchtet werden.

Harris hält sich eng an die Mainstream-Politik der Demokratischen Partei, die uns unter Präsident Barack Obama Kriege in Syrien, Libyen und im Jemen sowie eine Eskalation der Kriege in Afghanistan und im Irak bescherte.

«Sie hat Ansichten, die der Obama-Regierung nahe stehen, nichts, was eine aufregende Abkehr vom US-Militarismus darstellen würde», sagt Benjamin, ein Autorin von The Progressive. «Sie sind sicherlich anders als die von Bernie Sanders.»

Trumpf kritisiert – auch von rechts

Wie die meisten Demokraten stand Harris oft im Widerspruch zu Trumps Aussenpolitik.

«Der gegenwärtige Präsident», schrieb sie in einem Kandidatenfragebogen 2019 an den Rat für Auswärtige Beziehungen, «scheint darauf bedacht zu sein, der Glaubwürdigkeit der USA weiteren Schaden zuzufügen, indem er die Diplomatie missachtet, sich aus internationalen Abkommen und Institutionen zurückzieht, unsere Verbündeten meidet, sich bei Demokratien

auf die Seite der Diktaturen stellt und schiere Inkompetenz in seinen Entscheidungsprozessen hervorhebt».

Doch anstatt eine fortschrittliche Alternative anzubieten, greift Harris Trump oft von rechts an und kritisiert ihn dafür, dass er sich mit Führern in Nordkorea, Russland und China auf Schmusekurs begibt. Sie unterstützt zum Beispiel Sanktionen gegen Russland wegen dessen Einmischung in die Ukraine und der Annexion der Krim.

Marco Carnelos, ehemaliger italienischer Botschafter im Irak, berichtet mir aus Rom: «Sanktionen gegen Russland wegen der Krim könnte ich nachvollziehen. Sind wir aber sicher, dass der gleiche Eifer auch auf Israel angewendet wird, wenn es das Westjordanland annektieren sollte?»

Carnelos hob auch die jüngste Sympathie Washingtons für die Uigu-

wirken, auch im Hinblick auf sein Programm für ballistische Raketen».

Weder Harris noch Biden haben angegeben, ob sie die US-Sanktionen sofort aufheben würden, sobald der Iran zu der Vereinbarung zurückkehrt, aus der sich die Trump-Administration 2018 einseitig zurückgezogen hat.

Harris hat einige fortschrittliche Standpunkte vertreten. Sie hat gemeinsam mit Bernie Sanders in den Jahren 2018 und 2019 Gesetzesvorlagen eingebracht, in denen ein Ende der US-Unterstützung für den Krieg im Jemen gefordert wird. Sie kritisierte das Regime in Saudi-Arabien für die Führung dieses Krieges und für seine Menschenrechtsverletzungen, darunter die Ermordung des Kolumnisten der Washington Post, Jamal Khashoggi.

«Die USA und Saudi-Arabien haben immer noch gemeinsame Interessengebiete, wie die Terrorismusbekämpfung, wo die Saudis starke Partner waren», sagte Harris. «Aber wir müssen unsere Beziehung zu Saudi-Arabien grundlegend neu bewerten und unseren Einfluss nutzen, um für amerikanische Werte und Interessen einzutreten.»

Tom Gallagher, ein ehemaliges Mitglied des Repräsentantenhauses von Massachusetts und einst ein progressiver Herausforderer der Abgeordneten Nancy Pelosi, räumt ein, dass «Harris kein Juwel im Nahen Osten ist». Aber, so fügt er hinzu, «eine zukünftige Biden-Regierung wird nicht so lächerlich einseitig sein wie Trump».

Harris ist gegen die «Umfassende und fortschrittliche Vereinbarung für eine Trans-Pazifische Partnerschaft», die allgemein als CPTPP bekannt ist. Sie fordert ein Ende der «Zollkriege» von Trump und befürwortet «arbeits- und umweltschutzfreundliche Handelsabkommen».

«Das ist ein Plus», sagt Gallagher. «In Handelsfragen haben die Demokraten die Botschaft verstanden. Arbeits- und Umweltschützer haben die führenden Politiker beeinflusst.»

Hoffnung für die Zukunft?

Die Aktivisten, die ich interviewt habe, halten Harris für eine bessere Wahl als Über-Falke Susan Rice, die ebenfalls im Rennen war. Rice drängte auf den katastrophalen Libyenkrieg und lobte die Luftkriege in Somalia und im Jemen. Sie stellen auch fest, dass Harris zeitweise einen Dialog mit fortschrittlichen Kräften geführt hat.

«Auch wenn ich mit ihrer Politik nicht einverstanden war», sagt Benjamin von Code Pink, «fand ich sie zugänglich und charmant. Bei Demonstrationen kam sie manchmal heraus, um mit uns zu plaudern.»

Freundschaftliche Gespräche werden jedoch nicht ausreichen, um die Aussenpolitik einer künftigen Biden-Regierung zu ändern.

«Auf Biden wurde bereits viel Druck ausgeübt», sagt Benjamin, während sich die Progressiven über das Programm der Demokratischen Partei streiten. «Wir haben ein Zusammenkommen von Gruppen erlebt, die normalerweise nicht zusammenarbeiten.»

In der Vergangenheit, stellt sie fest, hätten sich einige liberale und progressive Gruppen geweigert, den Militarismus der Obama-Regierung zu kritisieren. «Ich glaube nicht, dass die Leute diesen Fehler noch einmal machen werden.»

Die landesweit publizierende US-Kolumnistin Reese Erlich ist Autorin u.a. von «The Iran Agenda Today: The Real Story from Inside Iran».

Quelle: reeseerlich.com, Übersetzung aus dem Englischen UW.



Foto: Pamela Drew/flickr

Stoppt die Einmischung in Venezuela!

Kotau vor den USA

Verschiedene schweizerische Solidaritätsgruppen haben sich gegen die Sanktionen des Bundesrates gegenüber Venezuela ausgesprochen. In einem auch von der Schweizerischen Friedensbewegung unterzeichneten Aufruf heisst es:

Die Schweizerische Regierung hat am 7. Juli 2020 Venezuela mit denselben illegalen Zwangsmassnahmen bedacht, die von der EU bereits am 29. Juni verhängt worden waren. Einmal mehr haben wir dabei mit Bestürzung von der Heuchelei des Bundesrates und seiner unterwürfigen Haltung gegenüber den Interessen der US-Regierung Kenntnis nehmen müssen. Erinnern wir uns daran, dass sich schon die Europäische Union bei ihrem Entscheid der Argumente und selbst des Vokabulars der Vereinigten Staaten von Amerika bezüglich deren feigen Aggression gegen Venezuela bedient hat, und das erst noch mitten in der Covid-19-Pandemie.

Dass sich unser Land an diesen Aktionen beteiligt, die jeglicher Menschlichkeit, Objektivität und Vernunft entbehren, ist nicht nur empörend, sondern auch beschämend. Mit der unverhohlenen Ausrichtung der schweizerischen Politik an den von Washington und Brüssel angeordneten Entscheidungen und Handlungen, wie unmenschlich und illegal sie auch sein mögen, wird der Rest an Glaubwürdigkeit, den die Schweiz als «neutrale» Nation noch immer genießt, erneut mit Füssen getreten.

Mit welchem Recht massiert unsere Regierung an, die Mentalität der Menschen in Venezuela so gut zu kennen, dass sie besser weiss als die venezolanische Bevölkerung selbst, was in deren Land richtig oder falsch ist? Warum wendet die Schweiz neokolonialistische Methoden an mit dem Ziel, Venezuela zu destabilisieren und zu isolieren und damit einen gewaltsamen Regierungswechsel zu fördern?

Von einem sogenannten «neutralen» Land dürfte eigentlich genau die gegenteilige Position erwartet werden, nämlich eine unvoreingenommene Haltung, die im Einklang mit dem Völkerrecht und der Selbstbestimmung der Völker steht, eine Haltung, die sich der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates enthält. Insbesondere dann, wenn dieser, wie Venezuela, beschlossen hat, sich der Vorherrschaft, die das Weisse Haus der Region und der Welt ganz generell aufzuzwingen versucht, zu entziehen und seine Souveränität und Unabhängigkeit wiederzuerlangen.

Die Schweizer Regierung beschränkte sich jedoch darauf, auf dem Luftweg 94 Tonnen an Hilfsgütern zu transportieren, die von internationalen Organisationen gesammelt worden waren, um Venezuela im Kampf gegen die Pandemie beizustehen, und

beschloss dann, 11 venezolanische Staatsbeamte zu sanktionieren, die den Forderungen von Washington und Brüssel nicht nachkamen.

Welchen Nutzen bringt es der Schweiz und den Beziehungen unseres Landes zu Venezuela, den venezolanischen Volkswillen, wie er in den verschiedenen Wahlen und Abstimmungen im Land zum Ausdruck gekommen war, zu missachten, und, was noch schwerwiegender ist, wo liegt der Sinn zu glauben, dass die «schweizerische Interpretation» der politischen Ereignisse, die sich in Venezuela abspielen und die Auslegung der venezolanischen Verfassung als besser und überlegener angesehen werden könnten als die Interpretation des venezolanischen Volkes und der venezolanischen Regierung selbst, und das erst noch in einem solchen Masse, dass damit die Sanktionierung oder Bestrafung eines souveränen Staates gerechtfertigt wird, ähnlich einem kleinen Kind, das nicht auf seine Eltern oder seinen Vormund hören will?

Der Beschluss des Bundesrates, sich weiterhin den zuerst in Washington eingeleiteten und umgesetzten und dann von der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft fast buchstabengetreu übernommenen Machenschaften und Aggressionen gegen die Bolivarische Republik Venezuela zu unterwerfen, wird von den Mitgliedern der gesellschaftlichen und politischen Organisationen, die dieses Kommuniké unterzeichnet haben, verurteilt und abgelehnt.

Wir unterstreichen gleichzeitig, dass die Völker der Schweiz und Venezuelas in ihren Rechten gleichberechtigt sind; sie müssen mit dem ihnen gebührenden Respekt behandelt werden, und dies muss auch für unsere jeweiligen Regierungen und Institutionen gelten. Dialog, Vermittlung und Verhandlungen müssen Drohungen, Erpressung und Bestrafung weichen.

Wir bekräftigen unsere Solidarität und Unterstützung für den Präsidenten der Bolivarischen Republik Venezuela Nicolas Maduro Moros, für seine Regierung und natürlich für das tapfere venezolanische Volk, das durch die illegalen und kriminellen einseitigen Zwangsmassnahmen der Regierung der Vereinigten Staaten und ihrer Schergen entsetzliches Leid erfährt.

Stoppt die Einmischung in Venezuela! Kehren wir zu unserer Schweizerischen Neutralität zurück!

Daniele Ganser: Imperium USA

Die skrupellose Weltmacht

«Diesmal hat Daniele Ganser ein Schulbuch geschrieben», meint UW-Rezensentin Toni Mächtlinger zum neusten Werk von Dr. Daniele Ganser. «In einfachen Sätzen, kurzen Kapiteln, beherrschendem Ton. Sein Thema ist die skrupellose Einmischung der US-Regierungen innerhalb und ausserhalb des Landes, von den Indianerkriegen bis heute.»

Von Antoinette Mächtlinger

Um es gleich vorwegzunehmen: In unsern Medien wird der Name Ganser selten ohne das Attribut «Verschwörungstheoretiker» genannt, insbesondere wegen seiner Behauptung, 9/11 sei ein vierter Turm gesprengt worden. Auch eine «Offenheit nach rechts» wird ihm angelastet. Als Rezensentin musste ich zweimal schlucken bei dem Satz: «In Deutschland streiten die Linke und die AfD gegeneinander, anstatt sich gemeinsam für den Abzug der US-Soldaten aus Deutschland zu engagieren.»

Trotzdem scheint mir das Buch lesenswert.

Und zwar wegen der praktischen, übersichtlichen Zusammenfassung vielfältiger Dokumente zur Rolle der USA in den Konflikten der neueren Zeit. Da gibt es Zahlen und Karten über 24 Kriege, welche die USA in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geführt haben, über ihre 700 Militärstützpunkte, über die 649 Milliarden Dollar, die im Jahr 2018 laut SIPRI-Institut an Militärausgaben anfielen. Wir lassen jetzt einmal die Indigenen, die Sklaven und die beiden Weltkriege beiseite. Auch die Kriege in Vietnam, Afghanistan und Irak, über die man sich heute dank Buch-

des Präsidenten die Spitzen der Exekutive vereinigt und, je nach Bedarf, durch den CIA-Direktor und weitere hochrangige Beamte erweitert werden kann. Und dessen Sitzungsprotokolle geheim sind. Damit beginnt die verdeckte Kriegsführung, die wir bis heute beobachten können.

Italien nach dem Zweiten Weltkrieg

Ganser schreibt: «Italien hatte das Pech, das erste Land der Welt zu sein, das von der CIA in einem unerklärten geheimen Krieg angegriffen wurde.» Es geht um den NSC-Auftrag an die CIA, die nationalen Wahlen vom 16. April 1948 – die ersten nach 1945 – zu manipulieren. Die Chancen auf einen Sieg von PCI (Kommunisten) und PSI (Sozialisten), die den Kampf gegen Mussolini geprägt haben, stehen gut, denn sie haben ein Wahlbündnis, «Fronte Democratico Popolare», geschlossen. Um dessen Sieg zu verhindern, investiert die CIA 10 Millionen Dollar in den Aufbau der DCI (Democrazia Christiana Italiana) und verhilft ihr zum unerwarteten Sieg mit 48 Prozent der Stimmen. Die Kommunisten sind aus der Regierung ausgeschlossen. Die US-Armee baut ihre Militärstützpunkte aus, und am 4. April 1949 wird Italien Gründungsmitglied der NATO.

Erweiterung des Handlungsspielraums der CIA

Schon am 18. Juni 1948 hat der NSC die Direktive NSC 10/2 verabschiedet, welche die CIA ermächtigt, weltweit verdeckte Operationen durchzuführen: «Propaganda, Wirtschaftskrieg, vorbeugende direkte Aktionen wie Sabotage...». Aber auch «Subversion gegen feindliche Staaten durch Unterstützung von Widerstandsorganisationen im Untergrund...».

Ganser zitiert Dokumente, welche die Rolle der CIA beim Sturz von Regierungen aufzeigen. Hier seien nur einige wenige Beispiele in Erinnerung gerufen: Putsch in Iran 1953 (Mossadegh), Guatemala 1954 (Arbenz), Kongo 1961 (Lumumba), Chile 1973 (Allende). Und wer denkt heute noch an den Überfall auf Grenada 1983? In dieses Kapitel gehören natürlich auch die bekannten fehlgeschlagenen Angriffe auf Kuba. Weitere Dokumente weisen darauf hin, wie in den USA die Aufgabe der Legislative, die Exekutive zu überwachen, umgangen wurde.

Die Medien, Georgien, die Ukraine

«Die Krankheit ist die Illusion des Informiertseins. Erzeugt wird sie durch andauernden und unkritischen Medienkonsum.» Diesen Schluss zieht der Autor, nachdem er Rainer Mausfelds Theorie zum «Meinungsmanagement» erläutert hat. Es geht um dreierlei: die Wiederholung von Kernbotschaften, die Fragmentierung und die Dekontextualisierung. Die Fakten werden in Fragmente zerlegt, sodass kein Sinnzusammenhang mehr entsteht. Informationen werden aus ihrem Kontext gerissen und in einen neuen Sinnzusammenhang gestellt.

Hier sei das Beispiel Georgien erwähnt. Ganser sieht Georg Bush junior am Ursprung des Konflikts: Am NATO-Gipfel vom April 2008 in Budapest wurde seinem Vorschlag, die Ukraine und Georgien in die Nato aufzunehmen, zugestimmt. In der Nacht vom 7. auf den 8. August griff Georgien das abtrünnige Südossetien an, wie die Schweizer Diplomatin

Heidi Tagliavini, die von der EU mit der Untersuchung betraut war, ermittelt hat. Der georgische Präsident Micheil Saakaschwili hatte seinen US-Militärberatern vertraut, musste aber nach fünf Tagen seine Truppen zurückziehen. «Erfolgreicher» hat sich das NATO-Projekt in der Ukraine ausgewirkt, wo Barak Obama die Spannungen schüren liess, die 2014 zum Sturz der Regierung und zum Beginn des Kriegs geführt haben.

Die USA und China

Diesem Konflikt widmet der Autor die letzten vier Kapitel. Er fängt an mit dem Opiumkrieg 1839 und endet mit der neuen Seidenstrasse. Auch Myanmar bringt er in diesen Zusammenhang: Um die von der US-Marine kontrollierte Seestrasse von Malakka zu umgehen, baut China in Myanmar in der Stadt Kyaukpyu einen Tiefseehafen. 2017 brechen Unruhen zwi-

schen der muslimischen Rohingya-Minderheit und der buddhistischen Bevölkerungsmehrheit aus. Dazu zitiert Ganser aus dem Buch «Machtbeben» von Dirk Müller: «Es war kaum irgendwo zu lesen, dass es bestialische Morde an buddhistischen Mönchen durch Rohingya-Terroristen gab oder dass diese muslimische Minderheit mit Gewalt eine Abspaltung des von ihnen bewohnten Territoriums von Myanmar und somit einen eigenen islamischen Staat zu erzwingen versuchte.» Und weiter: Das eng mit den USA verbündete Saudi-Arabien habe den Terrorarm der Rohingya ausgebildet und finanziert, um den Bau der Seidenstrasse zu behindern.

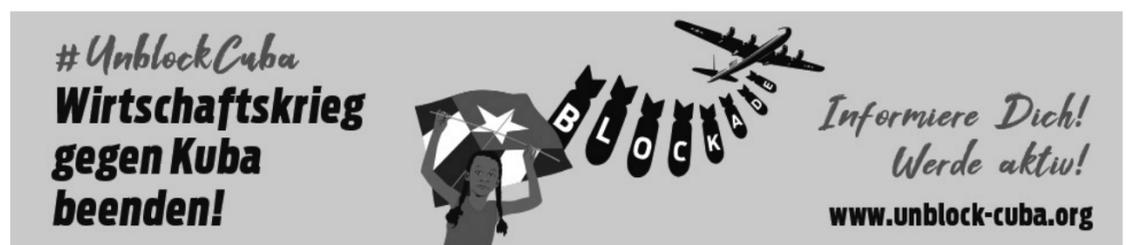
Fazit

Im letzten Kapitel – unter dem Titel «Fazit» – wird Ganser pastoral. Er empfiehlt drei «zentrale Leuchtsterne» für die Friedensbewegung: das Prinzip Menschheitsfamilie, das Prinzip UNO-Gewaltverbot, das Prinzip Achtsamkeit. Er predigt Einkehr und Meditation, na ja. Was aber von der Lektüre des Buches bleibt ist das Wis-

sen über das Vorgehen der USA in geheimen Aktionen. Das kann hilfreich sein bei der Einschätzung aktueller Konfliktherde. Zum Beispiel:

Weissrussland

Hier ist ein Muster erkennbar, das in den «bunten Revolutionen» der ehemaligen Sowjetrepubliken angewendet wurde. Ein Muster wie in der Ukraine, wo die Herkunft der ersten Schüsse auf dem Majdan nie aufgeklärt worden ist. Im «Bund» vom 15. August bezieht Zita Affentranger sich auf die gewaltsame Reaktion der weissrussischen Sicherheitskräfte und weist auf die Parallelen hin: «In der Ukraine war eine solche Gewaltorgie der Anfang vom Ende des Präsidenten Viktor Janukowitsch(...) In Weissrussland haben die Massen bisher gezögert. Im ganzen Land waren es diese Woche nur einige Tausend Menschen, die auf die Strasse gingen. Doch selbst wenn nicht Hunderttausende aufmarschieren am Wochenende: Eher früher als später wird Alexander Lukaschenko für sein skrupelloses Vorgehen bezahlen müssen.»



Fürstlich bezahlte Systemgegner

Der grösste Lump...

«Der grösste Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant»: Die US-Regierung stellt Gelder in Millionenhöhe zur Verfügung, um Stimmung gegen Kuba zu machen

Von Volker Hermsdorf

Die dem US-Aussenministerium unterstehende Agentur für Internationale Entwicklung (USAID) hat im August drei Millionen US-Dollar für ein «Entwicklungsprogramm» zur Verfügung gestellt, das darauf abzielt, die Situation «kubanischer Beschäftigter im Tourismus- und Gastgewerbesektor» zu dokumentieren. Die Agentur verstärkte damit ihre finanzielle Unterstützung für NGO, Netzwerke und Journalistenorganisationen, die die ungerechte Ausbeutung kubanischer Arbeitskräfte, einschliesslich Sexarbeiter, und die Realitäten, in denen sie leben, untersuchen», heisst es in der vom US-Journalisten Tracey Eaton in seinem Blog «Cuba Money Project» veröffentlichten Ausschreibung.

Das 28seitige USAID-Angebot richtet sich an Organisationen in Kuba und anderen Ländern. Im Rahmen des Programms werden für einzelne «Projekte» innerhalb der nächsten drei Jahre «Zuschüsse» von jeweils 500 000 bis 1,5 Millionen US-Dollar in Aussicht gestellt. Interessenten können ihre Bewerbungen bis zum 1. September 2020 einreichen. Die Behörde, die über ein Budget in Höhe von insgesamt 20 Milliarden US-Dollar verfügt, weist darauf hin, dass ihr neues Programm «im Einklang» mit einem am 16. Juni 2017 von US-Präsident Donald Trump unterzeichneten «Memorandum zur Stärkung der US-Politik gegenüber Kuba» stehe. Trump hatte darin die Verschärfung der US-Blockade und weitere Massnahmen für einen Regime-Change in Kuba angekündigt.

Gemäss dieser Vorgabe erteilte die Agentur Bewerbungen für das aktuelle Programm konkrete Handlungsaufträge. «Verfolgen und analysieren Sie die Ausbeutung der kubanischen Arbeitskräfte im Tourismus- und Hotelgewerbe. Entwickeln Sie Werkzeuge, Berichtssysteme und Netzwerke,

die nachprüfbar Informationen über die Ausbeutung kubanischer Arbeitnehmer untersuchen, sammeln und analysieren können», lauten die als «Partnerschaftsziele» bezeichneten Anweisungen.

Darüber hinaus müssen Bewerber konkrete «Pläne zur Veröffentlichung ihrer Ergebnisse in Kuba und Lateinamerika sowie der Präsentation in internationalen Gremien wie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (IACHR) und dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UNHRC)» vorlegen. «So werden Fake News produziert und finanziert», kommentierte die «Cuba Support Group – Ireland» den Bericht über das jüngste USAID-Programm in Eatons Blog.

Vorfeldagentur der CIA

Die 1961 gegründete USAID, deren offizielle Aufgabe darin besteht, «die gesamten Aktivitäten der Aussenpolitik im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu koordinieren», steht im Verdacht, als Vorfeldorganisation der CIA zu agieren. Ein Indiz dafür ist – neben der Organisation und Finanzierung subversiver Aktivitäten in zahlreichen Ländern – auch die Tatsache, dass der Agentur bei ihrer Gründung das von der CIA betriebene «Office of Public Safety» (OPS) eingegliedert worden war. Das OPS-Programm soll die Polizei von US-Verbündeten «unterstützen».

In Kuba betätigt sich USAID seit Jahrzehnten nicht nur bei der Rekrutierung und Bezahlung von «unabhängigen Journalisten und Menschenrechtsaktivisten», sondern führt auch Spione auf der Gehaltsliste. Der Fall des 2009 in Havanna verhafteten und 2014 freigelassenen Agenten Alan Gross, der, getarnt als USAID-Entwicklungshelfer, in Kuba für US-Geheimdienste spionierte, offenbarte die meist geheime Wühlarbeit. Die

Regierung Trumps, die neben der Verschärfung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade vor allem auf Medienkampagnen zur Destabilisierung Kubas setzt, nutzt zunehmend die langjährigen Erfahrungen der Agentur.

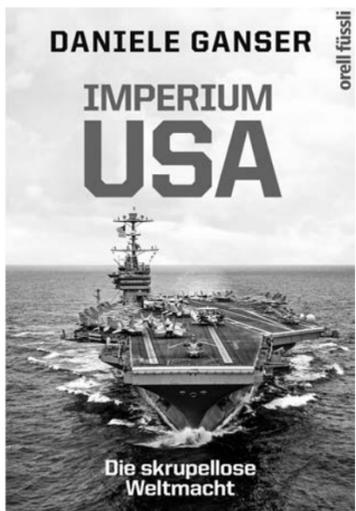
So hatte USAID bereits im vergangenen Jahr zwei Millionenprogramme aufgelegt, die nun durch das aktuelle ergänzt werden. Seit Juni 2019 werden in einem Projekt, das mit einem Budget in Höhe von zwei Millionen US-Dollar ausgestattet ist, «Personen und Einrichtungen» dafür bezahlt, «das internationale Bewusstsein über die Realitäten der Bürger und das Scheitern der Kubanischen Revolution» zu stärken. Im August 2019 folgte ein Programm, in dem drei Millionen US-Dollar für Organisationen, Gruppen und Individuen zur Verfügung gestellt wurden, die Informationen über «Zwangsarbeit und Menschenrechtsverletzungen» beim Einsatz von kubanischen Medizinern auf Auslandsmissionen «sammeln, untersuchen und analysieren».

Doch offenbar ist die Tätigkeit der fürstlich bezahlten Systemgegner bislang nicht sehr erfolgreich. In diesem Jahr werde USAID die Unterstützung auf weitere NGO, Gruppen und Personen ausweiten, kündigte die US-Agentur in der von Eaton am 6. August veröffentlichten Ausschreibung des jüngsten Millionenprogramms an.

Quelle: Tageszeitung Junge Welt jW (jungewelt.de), mit freundlicher Genehmigung des Autors.



Karikatur: Carlos Latuff



Daniele Ganser, Imperium USA, Die skrupellose Weltmacht, Orell Füssli, Zürich 2020, S. 392; ISBN: 9783280057087. Erhältlich bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, Telefon: 061 261 02 89, Mail: buecher-waser@bluewin.ch

autoren und Whistleblowern informieren kann. Wir konzentrieren uns auf Gansers Darstellung von weniger bekannten oder vielfach vergessenen US-Aktionen.

Verdeckte Kriegsführung ab 1945

«Das wichtigste politische, rechtliche und moralische Ergebnis des Zweiten Weltkriegs war (...) die Gründung der Vereinten Nationen (UNO) anlässlich der Konferenz von San Francisco am 26. Juni 1945 und das dort verabschiedete Gewaltverbot», sagt Ganser. Und fährt weiter: «Am 26. Juli 1947 verabschiedete der US-Kongress den weitreichenden National Security Act, der die US-Aussenpolitik auf völlig neue Grundlagen stellte und sie bis heute prägt.» Auf Grund dieses Aktes zieht 1947 das neu strukturierte Verteidigungsministerium ins – ebenfalls neue – Pentagon. Die CIA wird erschaffen und mit umfassenden Kompetenzen ausgestattet. Der NSC (National Security Council) wird gegründet, der unter dem Vorsitz

Veranstaltung zum Weltfriedenstag

Singen und Sprechen für Assange

Unter dem Titel «Freiheit für Julian Assange – Warum Whistleblower das Lebenselixir der Demokratie sind» organisiert die Schweizerische Friedensbewegung zum UNO-Weltfriedenstag vom 21. September 2020 in der Basler Elisabethenkirche einen Vortrag und ein Chorkonzert.

Am 11. April 2019 wurde der australische Publizist und Wikileaks-Gründer Julian Assange aus der ecuadorianischen Botschaft in London verhaftet, nachdem ihm Ecuador in Verletzung der Genfer Flüchtlingskonvention das Asyl entzogen hatte. Seitdem sitzt er im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh unter Bedingungen, die der UNO-Sonderberichterstatter für Folter, Nils Melzer als psychologische, sog. «weisse» Folter qualifiziert. Britische Gerichte sind dabei, über ein Auslieferungsbegehren der USA zu entscheiden. Dort droht Assange der Prozess wegen «Spionage» vor dem Eastern District Court of Virginia, wo «ein fairer Prozess absolut unmöglich ist» (John Kiriakou, Ex-CIA). Dafür, dass er kriminelle Taten, insbesondere Kriegsverbrechen im Irak und in Afghanistan aufgedeckt hat, könnten ihn bis zu 175 Jahre Haft und möglicherweise sogar die Todesstrafe erwarten.

Am 7. September soll der Auslieferungsprozess fortgesetzt werden.

Assanges Inhaftierung verletzt die Pressefreiheit und stellt angesichts der drohenden Sanktionen, Folter und Todesstrafe, die faktische Wiedereinführung der Zensur dar. «Wenn das Aufdecken von Verbrechen wie ein Verbrechen behandelt wird, dann werden wir von Verbrechen regiert», hat Edward Snowden gesagt. Ist dies das Ende einer lebendigen Demokratie und der Freiheit, auf die der Westen bislang zu Recht stolz war?

Der Vortrag von Mathias Bröckers

Der deutsche Journalist Mathias Bröckers (*1954) gehörte zur Gründergeneration der taz und wirkte dort bis 1990 als Kulturredaktor. Er ist Kolumnist der ZEIT und der WOCHEN und Autor zahlreicher Bücher, darunter internationale Bestseller. Sein

aktuelles Buch «Freiheit für Julian Assange! – Don't kill the messenger», erschien 2019 im Frankfurter Westend-Verlag

Das Chorkonzert

Das Chorkonzert der beiden Chöre *ensemble liberté* und *Ensemble Chœur3* unter der Leitung von Abélia Nordmann und Luca Fiorini bildet den kulturellen Rahmen zum Vortrag. Es ist ein musikalischer Appell, der u.a. zwei Neukompositionen beinhaltet, die allen Whistleblowern und Julian Assange gewidmet sind.

Das Programm

Montag, 21. September 2020

18.00 Uhr:

Mahnwache; Basler Marktplatz

19.00 Uhr:

Vortrag und Konzert

Elisabethenkirche Basel, Elisabethenstrasse 10

Eintritt frei/Kollekte

Schweizerische Friedensbewegung SFB friedensbewegung.ch

ensemble liberté

Das *ensemble liberté* ist ein Basler Projektchor aus jungen Menschen, der in seinen Konzerten immer wieder politische Inhalte musikalisch thematisiert hat, sei es der Nahostkonflikt mit «a bissele glik» (2014/2017) oder die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte mit «MENSCH!» (2016).

Das aktuelle Projekt heisst «Deine Erde brennt». Aufführungen am 30.10. | 1.11.

Weitere Infos: ensembleliberte.ch

Ensemble Chœur3

Das *Ensemble Chœur3* ist ein grenzübergreifend-dreisprachiger Projektchor mit Sänger*innen aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Er realisiert aussagekräftige Projekte im Dreiland und leistet so einen wichtigen Beitrag zur gemeinschaftlichen kulturellen Kooperation.

Das aktuelle Projekt heisst «ÉPHÉMÈRE – Ein Wimpernschlag Mensch auf dem Planeten», Aufführungen am 31.10. | 28.11. | 29.11.

Weitere Infos unter ensemblechoeur3.ch

Internationale Juristinnen und Juristen zum Auslieferungsverfahren gegen Assange

Eine Auslieferung wäre gesetzeswidrig

Nach einem weltweiten Solidaritäts-Aufruf von 1500 Medienschaffenden, darunter 111 aus der Schweiz, und einem Appell von Ärzten in der angesehenen britischen Fachzeitschrift «The Lancet» zugunsten von Assange, haben sich nun auch prominente Juristinnen und Juristen zum Wort gemeldet.

Am 14. August, dem Tag der letzten administrativen Anhörung von Julian Assange vor seinen für den 7. September anberaumten materiellen Auslieferungsanhörungen haben sich 152 Rechtsexpertinnen und -experten und 15 Anwaltsverbände in einem Offenen Brief an den britischen Premierminister Boris Johnson, den Justizminister Robert Buckland, den Aussenminister Dominic Raab und die Innenministerin Priti Patel gewandt und Regierungsbehörden beschuldigt, im Fall des australischen WikiLeaks-Gründers gegen «nationales und internationales Recht» verstossen zu haben.

Die internationale Gruppe von Rechtspraktikern, Professoren, Richtern, Doktoren der Rechtswissenschaften und angesehenen Juristen fordert die britische Regierung auf, «sich an das nationale und internationale Recht, die Menschenrechte und die den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit zu halten und das laufende Auslieferungsverfahren unverzüglich zu beenden und Herrn Assange – wie schon längst überfällig – seine Freiheit zu gewähren; seine Freiheit von Folter, von willkürlicher Inhaftierung und von politischer Verfolgung.»

Zu den Unterzeichnern gehören der Kronanwalt Lord Henny, ein führender Experte auf dem Gebiet des britischen Arbeitsrechts, der prominente australische Menschenrechtsanwalt Julian Burnside und 15 Anwaltsverbände, darunter die Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen (IADL) und die Association of American Lawyers (AAL), die beide Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen haben, dem höchsten UNO-Status, der NGOs gewährt wird.

Schweizer Unterschriften

In einem 10-seitigen Schreiben werten die Rechtsexperten der Regierung des Vereinigten Königreichs vor, gegen mehrere Rechtsakte und Verträge verstossen zu haben, wobei sie die prima facie Illegalität des US-Auslieferungsversuchens, schwerwiegende Verletzungen der Menschen-

rechte und eines ordnungsgemässen Verfahrens sowie die Verweigerung eines fairen Verfahrens, einschliesslich «gerichtlicher Interessenkonflikte», anführen.

Eine Auslieferung wäre gesetzeswidrig, weil keine Gewähr geboten werden könnte, dass Herr Assange in den USA in seinen grundlegenden prozessualen Rechten geschützt wäre», heisst es in dem Schreiben,



Ein Lied für Assange: Am 3. September 2019 versammelten sich in London über 1000 Personen vor dem britischen Innenministerium und hörten dem musikalischen Tribut von Roger Waters für Julian Assange zu. Begleitet vom Gitarristen Andrew Fairweather Low (links) sang der legendäre Mitbegründer von «Pink Floyd» u.a. das Lied «Wish You Were Here», den Titelsong des gleichnamigen Albums seiner Band aus dem Jahr 1975. Foto newcoldwar.org

das auch von 24 Rechtsvertreterinnen und -vertretern aus der Schweiz unterschrieben worden ist, u.a. vom Basler Rechtsprofessor Peter Albrecht, dem früheren Sorbonne-Professor und NZZ-Kolumnisten Milosz Matuschek, der Basler Advokatin Eva Schürmann und dem Zürcher Rechtsanwalt Marcel Bosonnet.

Politisches Verfahren

«Herrn Assange droht ein Schauprozess vor dem berüchtigten «Spionagegericht» im Eastern District des Staates Virginia, wo bislang jede Person, die wegen des Verstoßes gegen die nationalen Interessen der USA angeklagt, auch verurteilt wurde. Es droht ihm ein Geheimverfahren vor einem Gericht, wo ein Grossteil der Bevölke-

rung für die CIA, die NSA, das Verteidigungs- oder das Innenministerium arbeitet oder Verbindungen dazu hat, sodass sich auch ein Grossteil der Geschworenen aus diesem Kreis zusammensetzen wird.» Der UN-Modellvertrag über die Auslieferung verbietet die Auslieferung, wenn die Person nicht die Mindestgarantien im Strafverfahren erhalten hat oder erhalten würde, wie sie in Art. 14 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) verankert sind.

Die Anklage werfe Julian Assnagne vor, er habe angeblich die Absicht ver-

Zweck, die Herrn Assange vorgeworfen werden, den politischen Charakter der 17 nach dem Spionagegesetz erhobenen Anklagen («rein politische» Straftaten) und der Hacking-Anklage (eine «relativ politische» Straftat.)» Der Auslieferungsvertrag zwischen Grossbritannien und den USA, der die eigentliche Grundlage des Auslieferungsversuchens bildet, verbietet jedoch ausdrücklich die Auslieferung für politische Straftaten, wird im Offenen Brief unterstrichen.

Psychische Folter

«Herr Assange war willkürlicher Inhaftierung und zermürbender Isolation, Belästigung und Überwachung ausgesetzt, während er in der ecuadorianischen Botschaft inhaftiert war und ist dies auch weiterhin als Gefangener im HMP Belmarsh. Dort hat Herr Assange die praxiswidrige und unverhältnismässig hohe Strafe von 50 Wochen wegen eines angeblichen Kautionsverstosses verbüsst. Perverseweise resultierten der Vorwurf, die Anklage und die Verurteilung daraus, dass Herr Assange rechtmässig diplomatisches Asyl bei der ecuadorianischen Regierung beantragt und von dieser deshalb erhalten hatte, weil sie Herrn Assanges Furcht vor einer politisierten Auslieferung an die USA und vor unmenschlicher Behandlung in den USA als begründet erachtete. Obwohl Herr Assange die Strafe inzwischen verbüsst hat, bleibt er weiterhin ohne Verurteilung oder rechtliche Grundlage zum Zwecke einer politischen und damit illegalen Auslieferung an die USA inhaftiert. Darüber hinaus ist er inmitten der Coronavirus-Pandemie inhaftiert, (...) trotz seiner Anfälligkeit für das Virus aufgrund eines Lungenleidens, das durch die jahrelange Haft und die psychologische Folter verschlimmert wurde.»

Die Unterzeichnenden erinnern die britische Regierung daran, «dass das Recht auf ein faires Verfahren ein wichtiger Stützpfiler der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit ist. Es ist ein grundlegendes Menschenrecht (...). Diese Bestimmungen verlangen zusammen mit den seit langem geltenden Grundsätzen des Gewohnheitsrechts eine faire und öffentliche Verhandlung vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht, die

Assange update

Seit März ist es Julian nicht mehr erlaubt, seine Familie zu sehen. Der ohnehin schon eingeschränkte Zugang zu Anwälten kam vollständig zum Erliegen. Schliesslich wurde ihm ein Computer zur Vorbereitung seiner Verteidigung zur Verfügung gestellt – mit festgeklebten Tasten!

Vor fast zwei Monaten wurde der Presse eine neue Anklage angekündigt, aber das US-Justizministerium und die britische Staatsanwaltschaft reichten den aktualisierten Auslieferungsantrag erst zwei Tage vor der letzten Anhörung ein – ein weiterer Verfahrensmissbrauch, der erneute Verzögerungen verursachen wird, zumal das nun eingereichte Dokument die Einschätzung der Handlungen von Assange radikal ändert und zusätzliche, bisher nicht erwähnte Anklagepunkte einführt. Während so die Zeit verstreicht, bleibt Julian in Einzelhaft, drei- und zwanzigstündig Stunden eingesperrt in seiner Zelle.

Der an einer chronischen Lungenerkrankung leidende Assange nahm an der erwähnten Anhörung vom 14. August 2020 per Videoverbindung teil – er schien schwach und verwirrt und hustete während des gesamten Verfahrens. Als er gebeten wurde, seine Personalien zu bestätigen, stockte er, stotterte aber schliesslich seinen Namen.

Nur fünf Journalisten durften an der letzten Anhörung teilnehmen. Die andern, zusätzlich zu den Beobachtern, wurden aufgefordert, auf eine Telefonkonferenz-Einrichtung auszuweichen und wieder das gefürchtete Einwahlsystem zu benutzen. Bei dieser Gelegenheit hörten sie, statt dem Gerichtsverfahren folgen zu können, Hintergrundmusik: Dutzende wurden einfach in der Warteschleife gelassen!

Quelle: #JournalistsSpeakUpForAssange-Kampagne

Unschuldsumvermutung bis zum Beweis der Schuld, das Recht, unverzüglich und detailliert über Art und Grund der Anklage informiert zu werden, das Recht auf angemessene Zeit und Hilfsmittel für die Vorbereitung der eigenen Verteidigung und das Recht, mit seinem Anwalt kommunizieren zu können.

Aus all diesen Gründen fordern wir die britische Regierung respektvoll auf, das US-Auslieferungsverfahren gegen Herrn Assange zu beenden und seine sofortige Freilassung aus der Haft sicherzustellen.»

Quelle und weiterführende Infos: <https://14assange.mironet.ch>



Abstimmung vom 27. September 2020

Nein zum Jet-Wahnsinn

Die Schweiz stimmt am 27. September 2020 über die Beschaffung von neuen Kampfjets ab, welche die Steuerzahlenden über ihre gesamte Lebensdauer um die 24 Milliarden kosten werden. Das ist eine unnötige und inakzeptable Geldverschwendung – insbesondere jetzt, während der grössten Wirtschaftskrise der jüngeren Schweizer Geschichte. Wir dokumentieren das Kurzargumentarium der Kampagne gegen die Kampfjet-Beschaffung und Redebeiträge an ihrer Pressekonferenz vom 14. August 2020.

24-Milliarden Blankscheck

2014 hat die Bevölkerung den Kauf neuer Kampfjets für 3,1 Milliarden Franken deutlich abgelehnt. Nun versucht die Rüstungslobby erneut, eine Neubeschaffung von Kampfjets durchzudrücken. Der Bundesrat hat im Mai 2019 seinen definitiven Plan präsentiert: Für sechs Milliarden Franken will er neue Kampfflugzeuge beschaffen. Dies geht nicht spurlos am Schweizer Bundeshaushalt vorbei: Das Armeebudget soll jedes Jahr um real 1,4 Prozent erhöht werden. Voraussichtlich beträgt das Armeebudget darum Anfang der 2030er-Jahre sechs Milliarden Franken – gleichzeitig wird in anderen Bereichen wie beispielsweise bei den Prämienverbilligungen gespart. Die Stimmbevölkerung wird trotz dieser immensen Ausgaben bei der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge nicht angemessen miteinbezogen: Bis zur Abstimmung wird sie über die Anzahl der Jets, über den Kampfjet-Typ wie auch über die konkreten Kosten der zu beschaffenden Flugzeuge im Dunkeln gelassen. Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ist darum ein Blankscheck für das VBS in der Höhe von 6 Milliarden Franken – und für die gesamte Lebensdauer der Jets sogar in der Höhe von 24 Milliarden Franken. Damit ist die geplante Beschaffung zweibis dreimal teurer als die abgelehnte Gripen-Beschaffung. Am Schluss wird das Geld für neue Kampfjets in anderen Bereichen fehlen, sei dies in der Bildung, im Gesundheitswesen, bei der öffentlichen Sicherheit, in der Kultur oder bei den Sozialversicherungen. 24 Milliarden Franken für unnötige Luxus-Kampfjets auszugeben, ist verantwortungslos.

- Der Planungsbeschluss ist ein 24-Milliarden-Blankscheck!
- Der Kauf unnötiger Luxus-Kampfjets führt zu neuen Abbaupaketen bei der Bildung und der sozialen Sicherheit.
- Wenn das Volk nicht das letzte Wort zum Typenentscheid hat, besteht die Gefahr, dass das VBS ein weiteres Beschaffungsdebakel produziert.

Unnötige Beschaffung

Klar ist: Die luftpolizeilichen Fähigkeiten der Schweiz müssen aufrecht erhalten werden. Dafür könnten aber auch leichte Kampfjets beschafft werden, die einen Bruchteil der Kosten von teuren Luxus-Kampfjets verur-

sachen und auch viel umwelt- und lärmfreundlicher wären. Solche Alternativkonzepte wurden aber vom VBS nicht einmal geprüft. Im internationalen Vergleich ist die Schweizer Luftwaffe zudem auch nach der Ausmusterung der 54 Tiger F-5 sehr gut gerüstet. Österreich zum Beispiel ist als allianzfreies Land auch von der Grösse her mit der Schweiz vergleichbar. Der östliche Nachbar verfügt über gerade mal 15 Kampfjets. Die vorhandenen F/A-18 sind zudem für die Erfüllung des luftpolizeilichen Auftrags bestens ausgestattet: Sie wurden 2008 für 404 Millionen Franken modernisiert. Zudem sollen sie bis 2020 nochmals für 450 Millionen Franken auf den neusten Stand der Technik gebracht werden.

- Ein Luftkrieg in Europa ist unrealistisch.
- Der Luftpolizeidienst muss gewährleistet werden, dafür braucht es aber keine Luxus-Kampfjets.
- Leichte Kampfjets wären eine sinnvolle und massiv kostengünstigere Option zur Sicherstellung der luftpolizeilichen Aufgaben.

Umweltbilanz katastrophal

Der Klimawandel stellt unumstritten die grösste Bedrohung für die

Menschheit dar. In Anbetracht dieser Tatsache erscheint der Kauf neuer, massiv umweltschädlicher Milliarden-Kampfjets höchst fragwürdig. Auch weil diese sich in keinster Weise dafür eignen, dieser Gefahr zu begegnen. Kampfflugzeuge sind nicht nur teuer, sondern auch energieintensiver als jede andere Art von Objekten, die in unserem Luftraum fliegen. In einer einzigen Flugstunde verbraucht ein F/A-18 durchschnittlich 4 850 Liter Kerosin, was zu einer Emission von 12,220kg CO₂ führt. Die Umweltauswirkungen für eine Flugstunde mit einem F/A-18 sind vergleichbar mit den Emissionen einer Autofahrt von 100 000 Kilometern (also 2,5 Mal um den Erdball). Laut Claude Nicollier ist nicht zu erwarten, dass die Umweltauswirkungen und Lärmbelastungen neuer Flugzeuge geringer sind als diejenigen der derzeit in Betrieb befindlichen Flugzeuge.

Zudem ist klar: Wenn man 24 Milliarden Franken für neue Kampfjets ausgibt, fehlt dieses Geld auch bei der Bekämpfung des Klimawandels. Denn: Jeder Steuerfranken kann nur einmal ausgegeben werden.

- Ein Kampfjet braucht 5 000 Liter Kerosin pro Stunde – damit könnte ein normaler PKW 2,5 Mal um die Erde fahren.
- Die Schweizer Luftwaffe ist für den Ausstoss von jährlich ca. 120 000 Tonnen CO₂ verantwortlich.
- Das Geld für neue Milliarden-Kampfjets könnte man besser in die Bekämpfung des Klimawandels investieren.

Kostenexplosion im VBS

Von NR Priska Seiler-Graf

Kein anderer Aufgabenkreis des Bundes hat in den letzten Jahren ein derart grosses Wachstum erfahren wie der Bereich Landesverteidigung und Sicherheit. Während in der Staatsrechnung 2014 dafür noch 4348 Mio. ausgewiesen waren, waren es in der Rechnung 2019 bereits 5991 Mio., im Legislaturfinanzplan fürs Jahr 2023 wird sogar von 6493 Mio. ausgegangen. Das ist eine Steigerung von sagenhaften 49%!

Und nun kommt ab dem Jahr 2023 bis 2032 wegen dem Kauf der neuen Kampfflugzeuge noch die geplante Erhöhung des Armeebudgets um real 1,4% pro Jahr dazu. Wenn man die im Bund sonst übliche Berechnungsweise mit nominaler Steigerungsrate plus Teuerung von 0,7% anwendet, beträgt

die Erhöhung jährlich sogar 2,1%. Die reinen Rüstungsausgaben werden sich laut Armeebotschaft in dieser Zehnjahres-Periode bei 15 Milliarden bewegen, das ist wiederum eine Steigerung für Materialbeschaffung um zusätzliche 50% gegenüber der 5-Milliarden-Armee gemäss aktuellem Parlamentsbeschluss.

Fazit: Die 6 Milliarden für die Luxus-Kampfjets lassen sich auf diese Weise schon aus dem ordentlichen Armeebudget zahlen. Man muss dieses einfach entsprechend erhöhen und aufblähen. Da jeder Franken aber nur einmal ausgegeben werden kann, wird dieses Geld in anderen wichtigen Bereichen fehlen: bei der Bildung, beim Sozialen, beim Klimaschutz. Gerade in Corona-Zeiten, die ein riesiges Loch in die Staatskasse reissen werden, wage ich stark zu bezweifeln, dass hier die Prioritäten bezüglich Ressourcenverbrauch richtig gesetzt sind.

Und das dicke Ende kommt bekanntlich erst am Schluss: Hochleistungs-Kampfjets kämpfen mit einer explosionsartigen Steigerung der Lebenszykluskosten:

- 6 Milliarden: Beschaffungskosten
 - 12 Milliarden Betrieb (laut Bundesrat)
 - 6 Milliarden: Infrastruktur, Werterhaltung, Upgrades (laut Lilienberg) Quelle: Lilienberg, Unternehmerforum und Bundesrat (Frage 20.5293)
- Das ist sogar etwas mehr als die gesamte NEAT!

Dieses Geld ist völlig falsch investiert, darum sage ich überzeugt Nein zu diesen überirrischen und zu teuren Luxus-Kampfjets!

Redebeitrag von Priska Seiler-Graf, Nationalrätin der SP, an der Pressekonferenz der Kampagne gegen die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge vom 14. August 2020



Kampfjets gegen die Klimakrise?!

Von NR Marionna Schlatter

Kampfjets nützen nichts gegen die Klimakrise, nichts gegen die Biodiversitätskrise. Sie nützen nichts gegen Hitzewellen, gegen Trockenheit. Sie nützen nichts gegen Pandemien. Sie nützen nichts gegen Cyber-Angriffe. Nichts gegen Wirtschaftskrisen. Nichts gegen gewalttätigen Extremismus oder Terroranschläge. Nichts gegen Drohnenangriffe.

Kampfjets sind ein Mittel des konventionellen Krieges. Und das Szenario eines bewaffneten Angriffs auf die Schweiz ist heute zum Glück kein Thema. Ich zitiere aus dem aktuellen Sicherheitspolitische Bericht 2016: «Insgesamt lässt sich sagen, dass eine direkte Bedrohung durch einen bewaffneten Angriff auf die Schweiz – ob im herkömmlichen Sinne oder in unkonventioneller Form – für die nächsten Jahre wenig wahrscheinlich ist. Es sind keine Staaten oder Gruppierungen erkennbar, die sowohl über die notwendigen Fähigkeiten verfügen, die Schweiz mit militärischen Mitteln anzugreifen, als auch entsprechende Absichten hegen.»

Diese Volksabstimmung über die neuen Kampfflugzeuge ist eine Abstimmung darüber, ob die Armee in den nächsten Jahren ihre Mittel hauptsächlich für ein Szenario ausgeben soll, dass „wenig wahrscheinlich“ ist.

Die Corona-Pandemie wird von den Befürwortern bemüht, um aufzuzeigen, dass man auf unerwartete, rasch kommende Ereignisse gewappnet sein müsse. Nur zeigt ein Blick in den letzten Risikobericht des Bundesamts für Bevölkerungsschutz von 2015: Man hätte besser vorbereitet sein können. Das Risiko um eine Pandemie nämlich, das wurde als zweitgrösstes Risiko für die Schweizer Bevölkerung aufgeführt. Und doch fehlte es am

Elementarsten: Genügend Schutzmaterial. Auf Platz 1 der grössten Risiken steht übrigens das Risiko einer Strommangellage. Machen wir die Rechnung: Bei 18 Milliarden, die die Kampfjets über die Lebensdauer mindestens kosten werden – das wäre pro Liegenschaft in der Schweiz 12 000.– – hätten wir in Kürze Solarzellen auf jedem Dach. Das Risiko einer Strommangellage wäre gebannt und die Energiewende locker gemeistert.

Klimawandelbedingte Risiken wie Hitzewellen oder Trockenheit und Überschwemmungen stehen ebenfalls zuoberst auf der Liste des Risikoberichts. Es ist nicht nur wahrscheinlich, sondern sicher, dass wir in Zukunft mit Hitzewellen, die 10 000e Tote fordern, mit Trockenheit, die Ernteauffälle und Wasserknappheit zur Folge hat, und mit Extremwetter wie z.B. Regenfällen mit Murgängen und Überschwemmungen zu tun haben.

Hunderttausend Menschen gingen letztes Jahr auf die Strasse. Es ist nicht die Angst vor einem bewaffneten Angriff, die die Menschen umtreibt, sondern die Angst vor dem Kollaps des Ökosystems, dem Verlust unserer Lebensgrundlage. Wir stehen an einem Wendepunkt.

Setzen wir die Prioritäten richtig: Das Szenario eines bewaffneten Luftkriegs ist nicht nur von gestern, sondern absolut unwahrscheinlich.

Wir wollen eine Armee, die mit der Zeit geht und sich nicht für die Kriege von gestern aufrüstet. Neue Kampfjets. Sie bringen keine Sicherheit, sondern binden die Mittel, die sonst anderswo fehlen: Bei der Bekämpfung der echten Bedrohungen.

Redebeitrag von Marionna Schlatter, Nationalrätin der Grünen, an der Pressekonferenz der Kampagne gegen die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge vom 14. August 2020

Resolution der SFB-Jahresversammlung von 2019 Friede dem Klima – Luftwaffe grounden

Am 11. Mai 2019 nahm die Jahresversammlung der Schweizerischen Friedensbewegung eine Resolution an, auf die wir hier gerne noch einmal verweisen:

Militärische Aktivitäten schaden der Menschheit. Sie entziehen ihr gewaltige Ressourcen und verschlingen die Mittel, die im Kampf für Nahrung, Gesundheit, Bildung und ein würdiges Leben für alle dringend benötigt würden. Kriegerische Auseinandersetzungen stehen zudem weltweit an der Spitze der Umweltzerstörung und der Klimaveränderung. Ein Klima des Friedens hingegen fördert den Frieden mit dem Klima. Dafür setzt sich die Schweizerische Friedensbewegung seit ihrer Gründung vor 70 Jahren ein.

Die Armeen dieser Welt befinden sich aber auch in Friedenszeiten in ständigem Krieg gegen die Umwelt. Sie beschädigen die Biodiversität, belasten die Böden, verpesten die Luft, verschmutzen die Gewässer, sind eine Quelle des Lärms und stossen schwer abbaubare Schadstoffe aus. (...)

Es genügt. Wir verstehen, dass Jugendliche mit der Forderung auf die Strasse gehen, zivile Inlandflüge zu grounden. Wir meinen: Beginnen wir damit, die Luftwaffe in ihre Unterstände zu verbannen.



Das Buch zum Jubiläum

Martin Schwander, *Frieden. Gerechtigkeit. Menschenwürde. 70 Jahre Schweizerische Friedensbewegung 1949–2019*, Verlag SFB, Basel 2019. Paperback, 464 Seiten, illustriert. Fr. 28.– plus Porto. Bestellungen bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel Telefon: 061 261 02 89, Mail: buecher-waser@bluewin.ch

Atombombengelüste im Schurkenstaat

Jetzt aber!

Plädiert der Chefredaktor der NZZ, Eric Gujer, allen Ernstes für die Anschaffung von Atomwaffen, insbesondere in der Bundesrepublik? Und wählt dazu als Zeitpunkt ausgerechnet die 75. Jahrestage der Abwürfe von US-Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki? Es gilt die Unschuldsummutung...

Von Arnold Schölzel

Unter der Überschrift «Ohne Sicherheit kein Wohlstand» zieht der «Chefredaktor» der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) Eric Gujer am 8. August die Konsequenz aus der am meisten reaktionären Ideologie des imperialistisch gewordenen Bürgerturns: Die rechtliche Regulierung internationaler Konflikte mit Hilfe des Völkerrechts ist danach passé, gültig sind allein die Gesetze des Dschungels, das Faustrecht. Der Mann aus einem der übelsten Schurkenstaaten der Welt – die Existenz der Schweiz und ihr Wohlstand hängen nach wie vor zum grossen Teil von den Milliardensummen ab, die Ganoven und Politgangster zwischen Basel und Genf bunkern – plädiert folgerichtig für die Anschaffung von Atomwaffen, insbesondere in der Bundesrepublik. Als Zeitpunkt wählt er dafür die 75. Jahrestage der Abwürfe von US-Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Deutlicher geht's nicht.

Offenbar reichen Inspiration und Mitfinanzierung der AfD aus eidgenössischen Quellen nicht mehr, um politisch in der Bundesrepublik einen Fuss in die Tür zu bekommen, in der NZZ wird weiter gedacht als bis zum nächsten Flüchtlingsheim. Der Mythos von der Islamisierung Schrumpf-«Europas», der unten auf Resonanz stösst, entspricht allerdings dem vornehmeren, den Gujer für oben fabriziert: Beide beruhen auf der Behauptung, «Europa» zerfalle innerlich, werde wieder «national», und sei fast schutzlos ausländischen Eindringlingen oder Bedrohern ausgeliefert. Bei den einen sind's Migranten, die vergewaltigend und messerschwingend längst da seien, bei Gujer und Co. ist es «der Russe». Die Unterüberschrift zu Gujers Text skizziert: «In Europa entsteht ein gefährliches militärisches Vakuum, aber die Bedrohung wird verdrängt. Die einstige Schutzmacht Amerika zieht sich zurück, und die Europäer sind nicht in der Lage, die Lücke zu schliessen.»

Gujer stützt sein gesamtes Plädoyer so auf das Ignorieren von Tatsachen. Das ist bei Texten programmatischer Art auch gleichgültig. In ihnen geht es

nur um eine Botschaft. Gujers lautet: «Wohlstand gibt es auf Dauer nicht ohne militärische Absicherung, auch wenn diese in langen Friedenszeiten kaum mehr greifbar erscheint.»

Selbstverständlich weiss der Chefredaktor, dass in seinem «Europa» kein militärisches Vakuum entsteht, dass sich die USA nicht zurückziehen, dass sie gemeinsam mit den NATO-Verbündeten ein Rekordrüstungsbudget nach dem andern auflegen, dass gegen Russland neue militärische Infrastruktur geschaffen wird, dass USA und NATO rund um Russland – vom Pazifik bis Nordnorwegen – einen Ring militärischer Basen und Krisenherde gelegt und – nicht zuletzt – fast alle Verträge über atomare Abrüstung und Rüstungskontrolle systematisch zerstört haben. Da hilft nur lügen, wie es die NATO nicht hinbekommt: «Erst brechen die Russen einen Vertrag, dann kündigen die Amerikaner den Vertrag. Neue Abkommen kommen nicht zustande, weil sich China der Rüstungskontrolle mit fadenscheinigen Argumenten verweigert. Das wiederum dient den USA als Vorwand für Untätigkeit.» Schlussfolgerung: Da das komplexe System der Verträge rasch erodiert, ist eine glaubwürdige atomare Abschreckung heute so wichtig wie lange nicht mehr.» Berlin könne den «Erpressungsmanövern Russlands» sonst nichts entgegenzusetzen. Es müsse seine «pazifistische Kehrtwende nach 1945» überwinden. Selbst Spiegel-Gründer Rudolf Augstein wusste 1961, dass die Bundeswehr nicht gegründet wurde, weil der Staat sie brauchte, sondern umgekehrt: Der Staat wurde gegründet, weil man eine Armee gegen die Sowjets brauchte. Nach deren Verschwinden hat sich die Konstellation nicht geändert, bis auf: Die NATO will den Krieg gegen Russland mit einem neuen Atomwaffentyp wieder «führbar» machen. Gujer ist dessen Prophet.

Arnold Schölzel ist deutscher Journalist und war von 2000 – 2016 Chefredaktor der Berliner Tageszeitung «junge Welt». Heute leitet er das Monatsmagazin «Rotfuchs»

Quelle: Tageszeitung junge Welt jW vom 15.8.2020; jungewelt.de



Mahnwache vor dem Meret-Oppenheimer-Haus in Basel, wo sich die Räumlichkeiten des örtlichen Ablegers von Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) befinden: Mitglieder von Solidaritätsgruppen und der Schweizerischen Friedensbewegung protestieren gegen die kritiklose Übernahme von Feindbildern, die im Pentagon und im Weissen Haus produziert werden, insbesondere bezüglich Kuba. Foto: zvg.

Jede Nummer eine Herausforderung an den Mut zur Lücke

«Unsere Welt» im Jahr 2019

Durch einen hängigen (und schliesslich negativen) Corona-Test an der Reise nach Basel verhindert, legte UW-Redaktor Martin Schwander seinen Bericht an die Jahresversammlung der Schweizerischen Friedensbewegung vom 27. Juni 2020 schriftlich vor. Der langjährige Redaktionsleiter von «Unsere Welt» zieht sich auf Ende Jahr aus der UW-Produktion zurück und wird durch eine Co-Leitung ersetzt, die sich die redaktionelle und gestalterische Verantwortung teilt. Die Vorstellung des Duos erfolgt in der nächsten Nummer der UW. Nachstehend bringen wir Schwanders Bericht leicht gekürzt.

Von Martin Schwander

«Unsere Welt» stand 2019 hauptsächlich im Zeichen von zwei Ereignissen: Unserem stolzen Jubiläum vom Herbst und dem wiederholten Hinweis auf den Zusammenhang zwischen Umweltschutz und Frieden resp. eben zwischen militärischen Aktivitäten aller Art und Umweltzerstörung. Ein Zusammenhang, den die sonst so wunderbare Klima-Jugend ebenso beharrlich ausblendet, wie wir ihn in den letzten Nummern der UW immer wieder unterstrichen und hervorgehoben haben. Gerne erinnere ich hier an eine ähnliche Bewegung, die wir in den neunziger Jahren als einzige Zeitung nachhaltig begleitet haben und die genau diesen fehlenden Link zwischen Frieden und Umwelt ins Feld führte: Die Schülerstreiks im Rahmen der «Globalen Initiative für die ökologische Rettung unseres Planeten», die sich für die Vernichtung aller Atomwaffen und die allgemeine Abrüstung stark gemacht hatte.

Das umfassende Dach

Damals wie heute hat sich gezeigt, wie unersetzlich unsere Zeitung als einsame Ruferin in der Wüste ist. Leider aber fehlt es uns gegenwärtig an den nötigen Dezibel, damit diese Stimme etwas weiter schallt als gerade nur in unserem Kreis. Die Hoffnung besteht, dass mit einem steten Ausbau der Webseite und ihrer erhöhten Beachtung dieser Radius doch allmählich wieder zu wachsen beginnt.

Wir waren nie eine sogenannte «Ein-Thema-Bewegung», die je nach vorgegebener Mode mal dieses mal jenes Thema zum saisonalen Muss deklariert. Wir haben auch nie eine einzige Region, ein einziges Land, einen einzigen Konflikt verabsolutiert, sondern bei uns ist alles subsumiert unter dem umfassenden Dach des Friedens: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Und weil wir den Frieden nicht abstrakt sehen sondern in konkreten gesellschaftlichen Zusammenhängen, findet in unserer Bewegung und damit auch in unserer Zeitung alles seinen Platz, was mit dem Ringen um Gerechtig-

keit, Solidarität, Menschenwürde, Freiheit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung zu tun hat. Unser 70-Jahr-Jubiläum bot ausreichend Gelegenheit, daran zu erinnern.

Entsprechend breit gefächert war auch 2019 wieder die Auswahl der Artikel in der UW. Dass wir mit vier mal 8 Seiten im Jahr dabei nicht immer alle Erwartungen erfüllen, allen Ansprüchen von Leserinnen und Lesern gerecht werden können, ist uns schmerzlich bewusst. Jeder Redaktionsschluss ist ein Test für unseren Mut zur Lücke. Doch Anregungen nehmen wir immer gerne entgegen und versuchen, sie im Rahmen unserer Möglichkeiten umzusetzen.

Zuverlässigkeit und Hingabe

2019 war mein 25. Jahr als Redaktor und Produzent von «Unsere Welt». Kein einziges Mal wurde in dieser Zeit ein Redaktionsschluss verpasst oder wären unsere treue Versandequipe und das Sekretariat nicht rechtzeitig bereit gestanden. Ich glaube, wir können an einer Hand abzählen, wie viele Male die Zeitung in diesen 25 Jahren mit etwas Verspätung zu unseren Leserinnen und Lesern gekommen ist und nie war der Grund

Ohne dich und dich – keine UW!

UNSERE WELT ist auf deine Unterstützung angewiesen! Durch den jährlichen Mitgliederbeitrag, ein Abonnement oder eine Spende unterstützt du unsere Arbeit und vor allem die Produktion und Herausgabe dieser Zeitung. Vielen Dank!

Dieser Ausgabe der UW liegt ein Einzahlungsschein bei. Aber auch sonst ist rund um die Uhr eine Online-Überweisung möglich:

PC: 40-1627-7
IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
BIC: POFICHBEXXX

menschliches Versagen. Zumindest nicht von Seiten der Schweizerischen Friedensbewegung. Das ist der Zuverlässigkeit und der Hingabe einer jeden einzelnen Friedensfreundin, eines jeden einzelnen Friedensfreundes geschuldet, die in all diesen Jahren an der Herausgabe unserer Zeitung, an welchem Kettenglied auch immer, mitgewirkt haben. Danken möchte ich an dieser Stelle auch der Bubenberg-Druck- und Verlags AG in Bern, die uns ebenfalls seit 25 Jahren mit ihrer soliden Arbeit unterstützt.

Frischzellenkur

Ich habe an der letzten Mitgliederversammlung angekündigt, dass ich die Herausgabe der Zeitung abgeben möchte. Nicht weil ich müde wäre oder die Motivation verloren hätte, sondern weil ich denke, dass die Zeitung unter meiner Leitung wie ich selbst etwas ältlich und grau geworden ist und ihr eine Frischzellenkur nur gut tun kann. Der Vorstand hat intensiv an einer Nachfolgeregelung gearbeitet und eine Lösung gefunden, welche die Unterstützung von uns allen verdient. (...)

Ich werde jetzt noch zwei Ausgaben produzieren und stehe ab nächstem Jahr als einfacher Schreiberling im zweiten Glied gerne weiter zur Verfügung. Ich schliesse meinen Bericht mit einem tiefempfundenen Dank an alle, die Lebenden und die Verstorbenen, die in den vergangenen 42 Jahren in irgendeiner Weise mitgeholfen haben, unser Flaggschiff flügge zu machen und fahrtauglich zu halten.



Jahresversammlung der Schweizerischen Friedensbewegung am 27.06.2020 im Restaurant Rebhaus in Basel mit Mitgliedern und Gästen unter Einhaltung der Corona-Schutzmassnahmen... Foto Julia Hoppe

Jahresversammlung des Vereins SFB

«Möglichst schlank und rasch» war die Pandemie bedingte Vorgabe für die diesjährige Jahresversammlung des Vereins Schweizerische Friedensbewegung.

So standen denn nur die obligatorischen Geschäfte auf der Traktan-

denliste wie die Jahresberichte von Sekretariat, UW-Redaktion und Kasse und die entsprechende Entlastung durch die Revision. Der Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt, ebenso wie die Sekretariatsleitung mit Julia Hoppe und Jonas Jäggi.

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail (fak.): _____

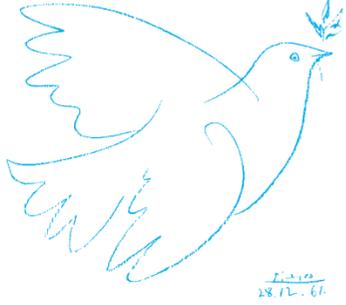
PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt



Eine internationale Petition fordert die Chefanklägerin beim Internationalen Strafgerichtshof in Haag, Fatou Bensouda auf, das von Gideon Levy in seinem Artikel geschilderte Verbrechen an Eyad Hallaq zu untersuchen und Israel und die verantwortlichen Personen zur Rechenschaft zu ziehen. Grafik: Palestine Institute for Public Diplomacy, pipd.ps

«Palestinian Lives Matter, Too!»

Der Lebenswert

«Schwarz zu sein in Amerika sollte kein Todesurteil bedeuten», lautet der internationale Konsens in der Folge der «Black Lives Matter»-Bewegung. Wie steht es aber damit, Palästinenser zu sein?, fragt sich der israelische Journalist und angesehene Kolumnist der israelischen Zeitung Haaretz, Gideon Levy.

Von Gideon Levy

Haben Sie die amerikanischen Polizisten gesehen? Haben Sie gesehen, wie sie George Floyd in Minneapolis zu Tode gewürgt haben? Haben Sie Officer Derek Chauvin gesehen, wie er auf dessen Hals kniete, ihn festhielt und wie Floyd um sein Leben bettelte, bis er fünf Minuten später starb? Welch rassistische Polizeikräfte es in Amerika gibt, wie brutal.

Jetzt brennt Minneapolis, nachdem ein schwarzer Bürger wegen seiner Hautfarbe hingerichtet wurde. Der Bürgermeister entschuldigte sich, die vier beteiligten Beamten wurden entlassen, Chauvin wurde angeklagt. Amerika ist ein grausamer Ort für Schwarze, und seine Polizei ist rassistisch.

Wenige Tage nach Minneapolis, am Samstagmorgen, in der Altstadt von Jerusalem, war Eyad Hallaq, ein 32-jähriger autistischer Mann, auf dem Weg zum Elwyn-Zentrum für behinderte Menschen. Beamte der Grenzpolizei behaupteten, sie glaubten, er habe eine Waffe in der Hand – es gab keine – und als sie ihn aufforderten, anzuhalten, begann er zu rennen. Die Strafe war der Tod. Die Grenzpolizei, die brutalste aller Einheiten, kennt keine andere Möglichkeit, einen fliehenden autistischen Palästinenser zu überwältigen, als ihn hinzurichten. Die feigen Grenzpolizisten feuerten auf seiner Flucht etwa 10 Kugeln auf Hallaq ab, bis er starb. So verhalten sie sich immer. Das ist es, was ihnen beigebracht wurde.

Die israelischen Verteidigungskräfte und die Grenzpolizei haben eine besondere Schwäche für Behinderte. Die geringste falsche Bewegung oder das geringste Geräusch könnte sie zum Tode verurteilen. In einer anderen Altstadt, in Hebron, töteten Soldaten im März 2018 den 24-jährigen Mohammad Jabari, der stumm und geisteskrank war und dessen Nachbarn ihn «Aha-Aha» nannten, weil dies die einzigen Silben waren, die er sagen konnte. Sie legten einen Hinterhalt und erschossen ihn in der

Nähe einer Mädchenschule, wobei sie behaupteten, er werfe Steine. Er hinterliess einen 4 Jahre alten Sohn, jetzt ein Waisenkind.

Der Spitzname für einen anderen jungen Mann, Mohammad Habali, war Za'atar (wie das würzige Gartenkraut); niemand weiss, warum. Er war ebenfalls psychisch krank und pflegte mit einem Stock herumzulaufen. Israelische Soldaten richteten ihn hin, indem sie ihm aus etwa 80 Metern Entfernung in den Kopf schossen. Das geschah im Dezember 2018 gegenüber dem Restaurant Sabah in Tul-karm, kurz nach 2 Uhr morgens, als er sich von den Soldaten entfernte und die Strasse ruhig war.

Zwei Jahre zuvor hatte die Armee den 23-jährigen, geistig behinderten Arif Jaradat in der Stadt Sa'ir getötet. Seine Familie nannte ihn Khub, was Liebe bedeutet. Wann immer er Soldaten sah, rief er ihnen auf Arabisch zu: «Nicht mein Bruder Mohammed». Er wollte sagen: «Nehmt nicht meinen Bruder Mohammed.» Mohammed, Arif's älterer Bruder, wurde

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für die Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Seyhan Karakuyu, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.

Auflage: 3 000

Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32

Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg

Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 3. Herzlichen Dank!

aus seinem Haus entführt und mindestens fünf Mal von Soldaten direkt vor seinen Augen verhaftet. Am Tag, an dem Arif starb, hörten sie, wie er den Soldaten seinen üblichen Schrei zurief. «Er ist behindert, erschiessen Sie ihn nicht», schaffte es jemand, den Soldaten zuzurufen, aber es war ihnen egal. Sie schossen auch auf Khub.

Keiner dieser unglücklichen geistig behinderten Menschen bedrohte die Soldaten oder die Mitarbeiter der Grenzpolizei in irgendeiner Weise. Auch der autistische Hallaq gefährdete niemanden. Die Beamten der Grenzpolizei haben ihn erschossen, weil das ihre Art ist, Dinge zu tun. Sie taten es, weil er Palästinenser war und weil Scharfschiessen die erste und bevorzugte Option der Besatzungstruppen ist.

Die Grenzpolizei ist nicht weniger brutal und rassistisch als die Polizei in den Vereinigten Staaten. Dort erschiessen sie Schwarze, deren Leben wenig wert ist, und in Israel erschiessen sie Palästinenser, deren Leben noch weniger gilt. Aber hier schläfert uns das Töten ein, dort löst es Proteste aus. Der Bürgermeister von Minneapolis, Jacob Frey, der zufällig Jude ist, entschuldigte sich schnell bei der schwarzen Gemeinde seiner Stadt. «Schwarzsein in Amerika sollte kein Todesurteil bedeuten», sagte er.

Ebenso wenig sollte es ein Todesurteil darstellen, Palästinenser zu sein, aber kein jüdischer israelischer Bürgermeister hat jemals so etwas gesagt. Der Polizeibeamte, der Floyd zu Tode würgte, wurde wegen Mord dritten Grades angeklagt, seine Kollegen wurden entlassen. In Israel ermittelt die Abteilung im Justizministerium, die polizeiliches Fehlverhalten untersucht, gegen den Polizeibeamten, der Hallaq erschossen hat. Das Ende ist, wie in allen anderen Fällen dieser Art, bekannt.¹

Unterdessen ist die Polizei in Amerika brutal und rassistisch.

Quelle: charleroi-pourlapalestine.be. Originalquelle auf Englisch: Haaretz. Übersetzung aus dem Französischen: UW

1) Gemäss Meldung von AP vom 13. Juli wurde der Familie von Eyad Hallaq anderthalb Monate nach der Tötung mitgeteilt, dass die Videokamera vom Tatort leider nicht funktioniert habe...



Pia Tschupp, Eine Geige für Palästina. Mit einem Vorwort von Jochi Weil-Goldstein. 140 S. CHF 18.–. ISBN 978-3-033-07742-3. Erhältlich u.a. bei Buchhandlung Waser in Basel, Tel. 061 261 02 89

Sachlich, informativ – und trotzdem immer sehr persönlich und empathisch: Was wie ein Widerspruch in sich tönt, ist Pia Tschupp in ihrem neuen Buch über ihre Zeit als Menschenrechtsbeobachterin in Palästina / Israel meisterhaft gelungen. Sie packt ihre Lesetinnen und Leser von der ersten Zeile an und nimmt sie mit auf die erinnerte Mission in den Nahen Osten. Man lernt herzliche Menschen kennen, erlebt bizarr anmutende Situationen, schüttelt dann und wann den Kopf, muss schmunzeln – und manchmal kommen einem vor Rührung fast die Tränen...

Angereichert mit zahlreichen Fotos, die während der drei Monate im Westjordanland entstanden sind, einer Literaturliste und einem informativen Anhang zur Entwicklung der Situation in der Westbank, ist das Buch eine feine Lektüre für alle, die gerne auf unterhaltsame Art ihren Horizont erweitern.

Aufruf von Frei Betto

Ich kriege keine Luft

«Lassen Sie nicht zu, dass sie die Zivilgesellschaft, die Medien, die Meinungsfreiheit, die Kunst, die Bürgerrechte, die Zukunft der Generation erdrosseln, die dazu verurteilt ist, diese ruchlose Gegenwart zu leben.» – Ein Aufruf des brasilianischen Dominikanerpaters und Befreiungstheologen Frei Betto.

Von Frei Betto

Die letzten Worte von George Floyd waren: «Ich kann nicht atmen». Ich auch nicht.

Ich kann auch nicht atmen in diesem Brasilien, das von Militärs (miss)regiert wird, die die demokratischen Institutionen bedrohen und den Staatsstreich verherrlichen, der 1964 zu 21 Jahren Militärdiktatur führte. Sie finden anerkennende Worte für Folterer und Todesschwadronen, etablieren ein System des Gebens und Nehmens mit den berüchtigten Käuflichen des nur auf Privilegien ausgerichteten Parteienverbundes, des sogenannten Centrão, sie ahmen ganz offensichtlich die Nazis nach, verfälschen jüdische Symbole, planen in Ministertreffen, wie man ausserhalb der Gesetze agieren kann, bei offiziellen Treffen benutzen sie Kraftausdrücke, als ob sie sich in einer Verbrecherspelncke befänden, sie machen sich über jene lustig, die sich an die Protokolle zur Vorbeugung der Pandemie halten und in völliger Gleichgültigkeit ob der 30 000 Toten und deren Familien gehen sie auf die Strassen, als ob es so viel Tod zu feiern gelte.

«Ich kann nicht atmen», wenn ich die Demokratie erstickt sehe, wenn die Militärpolizei die Neofaschisten schützt und diejenigen angreift, die die Demokratie verteidigen, wenn das Bildungsministerium von einem halben Analphabeten geleitet wird, der damit droht, die «Kristallnacht» der Nazis zu wiederholen, seinen Hass gegen die indigenen Völker verkündet und vorschlägt, die «Lumpen» des Obersten Bundesgerichts einzusperren.

«Ich kann nicht atmen», wenn ich sehe, wie sich die Kommandanten der Streitkräfte gegenüber einem ausser Kontrolle geratenen Präsidenten still verhalten, der nicht verhehlt, dass die Priorität der Regierung darin besteht, ihn selbst und seine Söhne zu schützen, die allesamt schwerer Verbrechen und der Komplizenschaft mit berufsmässigen Killern verdächtigt werden.

«Ich kann nicht atmen», angesichts der Parteien, die sich selbst als fortschrittlich bezeichnen, und während die Zivilgesellschaft in beeindruckenden Demonstrationen ihre Empörung kundtut und die Demokratie verteidigt, in Trägheit verharren.

«Ich kann nicht atmen», angesichts dieses Unternehmertums, das mit seinem alleinigen Blick auf den Profit und seiner Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern der Pandemie Druck ausübt, damit seine Geschäfte sofort wieder öffnen, während die Betten in den Spitälern voll sind und auf den Friedhöfen die Massengräber wie das zahnlöse Zahnfleisch des Totengottes Thanatos immer weiter anwachsen.

«Ich kann nicht atmen», wenn man in Brasilien und in den USA Bürger angreift, einsperrt, foltert und ermordet, weil sie das «Verbrechen» began-

gen haben, schwarz und deswegen «verdächtig» zu sein. Ich bekomme keine Luft mehr, wenn ich João Pedro vor mir sehe, einen Jungen von 14 Jahren, der bei sich zu Hause von hinten erschossen wurde, während er mit seinen Freunden spielte; oder an die Lieferboten, die von Polizisten ermordet wurden, die uns alle für Schwachköpfe halten, wenn sie versuchen, den Tod so vieler unbewaffneter Zivilisten zu rechtfertigen.

«Ich kann nicht atmen», wenn ich daran denke, dass das barbarische Verbrechen an George Floyd sich täglich wiederholt und die Mörder straflos bleiben, weil keine Kamera da ist, um es zu filmen. Oder Trump zu sehen, der auf die antirassistischen Proteste mit überheblicher Arroganz reagierte und damit drohte, die Demonstranten, die er als Terroristen bezeichnete, durch den Einsatz der Armee zum Schweigen zu bringen.

Wie kann ich mein Staatsbürgertum, meinen demokratischen Geist, meine Toleranz mit Sauerstoff versorgen, wenn ich umzingelt bin von Nachahmern des Ku Klux Klan, von Generalen, die inmitten einer Gesundheitstragödie als Gesundheitsminister improvisieren, von Demonstranten, die ungestraft gegen die Gesetze der nationalen Sicherheit verstossen und einer Börse, an der die Aktienkurse steigen, während Tausende von Särgen in die Gräber gesenkt werden, die die Opfer der Pandemie aufnehmen?

Ich muss atmen! Lassen Sie nicht zu, dass sie die Zivilgesellschaft, die Medien, die Meinungsfreiheit, die Kunst, die Bürgerrechte, die Zukunft der Generation ersticken, die dazu verurteilt ist, diese ruchlose Gegenwart zu leben.

Trotz allem atme ich, wenn ich lese, dass der Designer Marc Jacobs nach den Protesten in Los Angeles, bei denen eine seiner Einrichtungen zerstört wurde, über Instagram postete: «Lass dich niemals überzeugen, dass zerbrochene Glasscheiben oder Plünderung Gewalt seien. Hunger ist Gewalt. Auf den Strassen zu leben ist Gewalt. Der Krieg ist Gewalt. Menschen zu bombardieren ist Gewalt. Rassismus ist Gewalt. Die weisse Vorherrschaft ist Gewalt. Mangelnde Gesundheitsversorgung ist Gewalt. Armut ist Gewalt. Die Kontaminierung von Wasserquellen aus Gewinnsucht ist Gewalt. Eigentum kann zurückgewonnen werden. Leben nicht.»

Ich übernehme die Verse von Cora Coralina: Ich möchte «mehr Hoffnung bei meinen Schritten als Traurigkeit auf meinen Schultern».

Quelle und Übersetzung: Granma Internacional/UW

Redaktionsschluss
dieser Nummer:
18. August 2020